

Wortlautprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Mittwoch, 31. August 2011 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsidentin Christina Bucher-Brini, bis nach der Vereidigung des neuen Standespräsidenten, danach Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 120 Mitglieder
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsidentin Bucher-Brini: Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Bitte nehmen Sie Platz und schliessen Sie die Türen. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzter Regierungspräsident Martin Schmid, geschätzte Mitglieder der Regierung. Ich freue mich, Sie alle und auch die Gäste und Medienverantwortlichen auf der Tribüne ganz herzlich zur Augustsession 2011 begrüssen zu dürfen.

Als abtretende Standespräsidentin fällt mir heute noch die ehrenvolle Aufgabe zu, die Eröffnungsansprache zu halten und die Wahl des Präsidiums durchzuführen.

Ich blicke auf ein intensives, aber spannendes Lehr- und Wanderjahr zurück, welches mir sehr viel Freude bereitet hat. Ich konnte meinen Wissensrucksack anlässlich etlicher Veranstaltungen erneut füllen und ich durfte viele Menschen, Institutionen und Vereine im ganzen Kanton und über die Kantonsgrenzen hinaus kennen lernen. Ich konnte aber auch Botschaften überbringen, welche für unseren Kanton und dessen Weiterentwicklung wichtig sind. Dabei waren mir die persönlichen Gespräche sowie die Hochhaltung der unterschiedlichsten Kulturen und der ethischen Grundwerte besonders wichtig.

Auch die Ratsführung war spannend und die gute und konstruktive Zusammenarbeit in der Präsidentenkonferenz, der Redaktionskommission sowie dem Ratssekretariat habe ich sehr geschätzt. Ihnen allen, möchte ich nochmals ganz herzlich danken. Danken, dass Sie mich gewählt haben und mir diese schöne, eindrückliche und unvergessliche Zeit während diesem Jahr als Standespräsidentin ermöglicht haben.

Kultur beginnt manchmal mit einer rhetorischen Frage. So auch im Falle eines einzigartigen, leider etwas in Vergessenheit geratenen Werkes, dem Gedicht „Die Bernina“ von Johann Baptista von Tschärner aus dem Jahre 1786. In diesem Gedicht fragte von Tschärner: „Lohnt es der kostbaren Mühe, dass Teutschlands ferne Baronen, dass der britische Lord und der französische Marquis ihr tischebenes Land verlassen, einsam zu Fuss, nur mit dem knotigsten Bergstock, um hier zu erstarren

im Eise?“ Natürlich bejahte Johann Baptista von Tschärner die Frage. Erstaunlich an seinem Werk ist aber nicht die einfache Antwort, sondern die Frage selbst: Sie zeichnet das Bild von kulturell ambitionierten, aber in Sicherheit lebenden Baronen und Lords, die sich nahezu in einer Art eines „Back to the roots“-Mottos aller Annehmlichkeiten entledigen, um das Existenzielle in den Bergen zu erfahren – auch um den möglichen Preis der eigenen Existenz.

Von einem touristischen Playground in den Alpen war da in Graubünden auch noch nichts auszumachen. Erst noch sollten österreichische und französische Truppen durchs Land ziehen, dann sollte Graubünden auch noch in die Eidgenossenschaft einverleibt werden und eine Verfassung erhalten, bevor 1850 der Piz Bernina von Johann Wilhelm Fortunat Coaz zusammen mit den Brüdern Jan und Lorenz Raguth Tschärner erstmals bezwungen wurde.

Und doch klingt dieses Früh-Existenzielle der Bergerfahrung auch heute noch nach, in der Literatur – auch wenn es sich von den Berggipfeln auf die Alpen verschoben hat, wo es in den markigen Worten eines Leo Tuors aufscheint, wo es in der melodiosen Sprache einer Leta Semadeni auftaucht. Und gewissermassen auf hollywoodeske Weise wirkt dieses Existenzielle in seiner Unaushaltbarkeit auch im Schweizer Film „Sennentuntschi“ nach, angesiedelt im Bündner Bergdorf Trepunt, allerdings ohne grosses Bemühen um Authentizität, sondern schlicht als eine negative Folie auf die verklärte Bergerfahrung eines Johann Baptista von Tschärner.

So gesehen führen auch einsame Wanderungen in Graubünden munter durch die Kulturgeschichte hindurch. Und bereits Johann Baptista von Tschärner's Bernina, dieses „Wunder der Allmacht“, ist bereits überzogen von „seladonfarbenem Eis“ – von nichts typisch Bündnerischem also, denn Seladon war damals als graugrüne, chinesische Glasur von Porzellan und Steinzeug in Mode – nur mit Gletschern hatte das Seladon eigentlich wenig zu tun. Modisches gab es also schon damals, nicht nur Authentisches.

Warum aber diese Ausführungen, mögen Sie sich vielleicht nun fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die

Antwort lautet: Weil darin, in diesem kleinen historischen Exkurs schon unglaublich viel mitschwingt, was die Kultur in ihrem Facettenreichtum ausmacht. Wir sind soeben durch die frühe Geschichte des Alpinismus gestreift, wir berührten bei Johann Baptista von Tscharner kurz die philosophisch existenziellen Fragen, wir wanderten literarisch auf den Gipfeln der Bernina und zogen weiter über die Alpen eines Leo Tuors und einer Leta Semadeni. Wir streiften den Film und begegneten verschiedenen Moden, von biedermeierlich anmutenden Glasuren bis zu hollywoodesken Momenten.

Und damit bewegen wir uns auch schon mitten in der Kulturlandschaft von Graubünden selber – in der Kulturlandschaft, in der Renaissancehäuser und Barockkirchen neben bronzezeitlichen Funden stehen, in einer Landschaft, in die sich die Literatur ebenso eingeschrieben hat wie die Malerei, die Architektur, die Volkskultur und die Dreisprachigkeit.

Graubünden lebt in starkem Masse von seiner Geschichte. In den letzten Jahren hat sich deutlich gezeigt, dass man von dieser Geschichte lernen kann. Nach der Erstbesteigung des Piz Bernina beispielsweise setzte in Graubünden bald ein erster touristischer Schub ein. Und der kam nicht einfach so, sondern wurde massgeblich gefördert durch die damalige Innovationskraft in Graubünden. Hotels wurden gebaut, die heute legendär sind. Bahnstrecken wurden gebaut, die heute weltberühmt sind. Kurzum: Die Kulturlandschaft erhielt eine touristische Infrastruktur, die sich aber grösstenteils in Harmonie mit dem Gegebenen arrangierte. So lobte etwa bereits im frühen 20. Jahrhundert der Heimatschutz die Streckenführung der Rhätischen Bahn am Albula. So etwa bauten Architekten wie Nikolaus Hartmann Infrastrukturbauten am Bernina, die auf das geistige Erbe verwiesen und heute unverzichtbarer Bestandteil der Bündner Kulturlandschaft selbst sind. Die Baukultur entwickelte sich weiter, durch Bündner Architekten und Ingenieure, von denen heute einige international bekannt sind, wie z.B. Peter Zumthor, Jürg Conzett oder Christian Menn. Der kulturelle Blick hob sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch vermehrt von der Baukultur und den Talschaften hoch zu den Bergen. Giovanni Segantinis Alpenbilder, die Werke der Giacometti-Familie und von Künstlern wie Ernst Ludwig Kirchner haben längst einen internationalen Stellenwert erlangt.

Sehr geehrte Damen und Herren, weitere Beispiele liessen sich mühelos nennen, denn in der Arbeit von so manchen Bündner Kulturschaffenden drückt sich dieser Versuch auch heute noch aus – und zwar auf vielfältige Weise, wie es dem Wesen der kulturellen und sprachlichen Vielfalt im Kanton Graubünden entspricht. Kultur ist demnach nicht etwas Elitäres oder Vernachlässigbares, sondern etwas sehr Umfassendes. Kultur bestimmt seit Jahrhunderten das Gesicht Graubündens und die Kultur gewährleistet das Miteinander der verschiedenen Regionen und Talschaften, ohne dass es dabei zu Assimilationen oder Ausnivellierungen kommt. Kultur gewährleistet also eine eigene Identität und ermöglicht gerade erst dadurch das Gemeinsame.

Die kulturelle Vielfalt ist wichtig für Graubünden, wenn man bedenkt, dass Graubünden ein Kanton ist, der sich höchst vielfältig zeigt, allein schon wegen der drei

Sprachregionen, den 150 Talschaften und einer historisch gewachsenen Dorfkultur, die von Gemeinde zu Gemeinde variiert und damit in 178 Fällen sehr unterschiedlich ist. Kultur ist somit auch ein Grundgarant für eine funktionierende Demokratie. Und damit eben wirklich unbezahlbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, jedes kulturelle Erzeugnis wird erst durch die Auseinandersetzung mit ihm überhaupt erst zur Kultur. Sonst bleibt es einfach ein Gegenstand oder ein Geschehnis. Kultur braucht also den Diskurs und damit das Interesse der Menschen. Und je besser solch ein Diskurs über die Kultur ist, umso mehr Chancen hat die Kultur, gut zu wachsen. Denn dann können auch Kulturschaffende vom Publikum lernen, statt ihnen bloss etwas vorzusetzen oder selber ohne Publikum im elitären Elfenbeinturm zu verharren. Dann können Architektinnen und Architekten gewissenhaft bauen, so, dass es für die Gesellschaft und Nachwelt noch Sinn macht. Dann können Schriftstellerinnen und Schriftsteller Fragen aufwerfen, die in der Gesellschaft diskutiert werden und neue Impulse setzen. Dann können Historikerinnen und Historiker die Geschichte in einer Kontinuität bis in unsere Gegenwart und in die Zukunft hinein aufzeigen.

Mit einem gesellschaftlich umfassenden Verständnis von Kultur schliesst sich auch der Kreis. Kultur ist in diesem Verständnis nicht nur ein Grundgarant für eine funktionierende Demokratie, sondern stets auch eine Herausforderung an die Demokratie. Sie fordert das Denken heraus, sie reizt die Sinne, sie widerspricht, schafft Raum für andere Meinungen und Sichtweisen. Und genau darum ist sie auch angewiesen auf Menschen mit einer offenen Lebenshaltung. Genau wie auch die Demokratie selber angewiesen ist auf Menschen, die mitgestalten wollen, die teilhaben wollen an der Demokratie. Somit hängen die Kultur und die Demokratie auch von uns allen ab. Als ideelle Werte, die sich nicht nur finanziell bestimmen lassen.

Damit erkläre ich Sitzung und Augustsession eröffnet.

Totenehrung

Standespräsidentin Bucher-Brini: Am 12. Juli 2011, in seinem 85. Lebensjahr, ist Heinrich Stoffel-Schmid verstorben. Der Verstorbene wurde am 2. Dezember 1926 in Hinterrhein geboren, wo er aufwuchs und die Primarschule besuchte. Als guter Schüler durfte er danach drei Jahre die Sekundarschule in Splügen besuchen. Da die Mutter von Heinrich Stoffel-Schmid früh verstarb, musste er schon im Kindesalter viel Verantwortung übernehmen und im elterlichen Landwirtschaftsbetrieb mithelfen. 1952 ehelichte er Ida Schmid, welche ihm eine Tochter und zwei Söhne schenkte. Bereits mit 20 Jahren war der Verstorbene als Gemeinderat von Hinterrhein tätig, zuerst als Waldchef. 1959 wurde er dann zum Gemeindepräsidenten gewählt und mit dem Bau des San Bernardino-Tunnels und des Waffenplatzes standen für die Kleinstgemeinde immense Herausforderungen an. Im Jahre 1967 wählte ihn die Bevölkerung zum Kreispräsidenten der Landschaft Rheinwald.

Gleichzeitig, mit der Wahl zum Kreispräsidenten, berief man ihn in den Grossen Rat, in welchem er 22 Jahre bis 1989 Einsitz nahm. Nach der Beendigung seiner politischen Karriere zog es ihn in die Landwirtschaft zurück. Heinrich Stoffel-Schmid war zeitlebens ein politisch denkender Mensch mit grossem Gestaltungswillen, was auch sein engeres Umfeld beeinflusste. Sein grosses Engagement zum Wohle der Bevölkerung und seiner Heimat wurde vom Volk und Behörden geschätzt und mit grosser Anerkennung verdankt. Seine Verdienste werden uns stets in guter Erinnerung bleiben. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben.

Bekanntgabe der von der Präsidentenkonferenz gewählten Stimmzählende; Neukonstituierung GPK

Standespräsidentin Bucher-Brini: Wir kommen nun zum nächsten Traktandum und ich habe Ihnen zuerst noch Mitteilungen zu machen: Die Präsidentenkonferenz hat heute die neuen Stimmzählerinnen und Stimmzähler gewählt. Für die FDP-Fraktion: Grossrätin Vera Stiffler, für die BDP-Fraktion: Grossrat Martin Aebli und für die CVP-Fraktion: Grossrat Remo Cavegn.

Die GPK hat heute über Mittag getagt und dabei das Präsidium und Vizepräsidium neu bestellt. Als GPK-Präsident wurde gewählt: Grossrat Ralf Kollegger und als Vizepräsidentin: Grossrätin Tina Gartmann. Und nun kommen wir zu einem spannenden Moment: Die Wahl des Standespräsidenten für das Jahr 2011/2012.

Wahl des Standespräsidenten für 2011/2012

Standespräsidentin Bucher-Brini: Ich bitte um Vorschläge.

Felix: Im Namen der Fraktion der BDP schlage ich Ihnen den amtierenden Standesvizepräsidenten Ueli Bleiker zur Wahl als Standespräsident vor.

Standespräsidentin Bucher-Brini: Wird das Wort noch weiterhin aus der Mitte des Rates gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Bitte die Stimmzettel ausgeben.

Standespräsidentin Bucher-Brini: Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 120, davon leer und ungültig: fünf, gültige Stimmzettel: 115, Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 115, absolutes Mehr: 58. Ueli Bleiker ist gewählt mit 113 Stimmen. Einzelne: Zwei. Herzliche Gratulation.

Wahlergebnis Standespräsident

Abgegebene Wahlzettel	120
davon leer und ungültig	5

Gültige Wahlzettel	115
Gültige Kandidatenstimmen	115
Absolutes Mehr	58

Es haben Stimmen erhalten:	
Ueli Bleiker	113
Einzelne	2

Gewählt ist: Grossrat Ueli Bleiker

Standespräsidentin Bucher-Brini: Herzliche Gratulation geschätzter Herr Standespräsident. Lieber Ueli, ganz herzlichen Glückwunsch zur ehrenvollen Wahl und zum tollen Ergebnis. Du darfst dich zu Recht darüber freuen. Ich wünsche auch dir ein erlebnisreiches Präsidialjahr mit vielen spannenden Momenten, viel Freude und Genugtuung während deinem Jahr als höchster Bündner, aber auch viel Kraft und Weitsicht.

Wahl der Standesvizepräsidentin 2011/2012

Standespräsidentin Bucher-Brini: Wir kommen zur Wahl des Standesvizepräsidiums für das Jahr 2011/2012. Und ich nehme auch hier Vorschläge entgegen. Grossrat Caduff.

Caduff: Namens der CVP-Fraktion schlage ich Elita Florin-Caluori zur Wahl als Standesvizepräsidentin vor.

Standespräsidentin Bucher-Brini: Werden die Vorschläge vermehrt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich bitte die Stimmzähler die Wahlzettel auszuteilen.

Ich gebe Ihnen das Resultat bekannt für das Standesvizepräsidium: Abgegebene Stimmzettel: 120, davon leer und ungültig: 18, gültige Stimmzettel: 102, Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 102, absolutes Mehr: 52. Stimmen haben erhalten: Elita Florin-Caluori: 80 Stimmen, Fallet Georg: 16 Stimmen, Einzelne: Sechs. Damit ist Elita Florin gewählt mit 80 Stimmen.

Wahlergebnis Standesvizepräsidentin

Abgegebene Wahlzettel	120
davon leer und ungültig	18
Gültige Wahlzettel	102
Gültige Kandidatenstimmen	102
Absolutes Mehr	52

Es haben Stimmen erhalten:	
Elita Florin-Caluori	80
Georg Fallet	16
Einzelne	6

Gewählt ist: Grossrätin Elita Florin -Caluori

Standespräsidentin Bucher-Brini: Herzliche Gratulation, Frau Standesvizepräsidentin, liebe Elita, zu deiner Wahl und deinem Wahlergebnis. Ich wünsche dir in deinem Lehrjahr an der Seite von Standespräsident Ueli Bleiker alles Gute und ein lehrreiches Jahr. Ich freue mich, dass

bereits zum fünften Mal seit Einführung des Frauenstimmrechts eine Frau im Ratspräsidium des Grossen Rates Einsitz nehmen wird.

Vereidigung des Landespräsidenten

Landespräsidentin Bucher-Brini: Und nun schreiten wir zur Vereidigung des Landespräsidenten. Ich bitte den Landespräsidenten sich in Begleitung des Landesweibels nach vorne zu begeben. Und ich bitte den Rat und die Gäste auf der Tribüne, sich von den Sitzen zu erheben. Die Formel des Eides gemäss Art. 7 Abs. 1 GGO lautet folgendermassen: „Sie als gewählter Präsident des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Ich bitte Sie, die Schwurfinger zu erheben und mir die Worte des Eides nachzusprechen. Die Worte des Eides lauten: „Ich schwöre es“.

Landespräsident Ueli Bleiker: Ich schwöre es.

Alt Landespräsidentin Bucher-Brini: Sie dürfen sich wieder setzen. Ich bitte nun den Landespräsidenten, auf dem Präsidentenstuhl Platz zu nehmen.

(Es folgen Gratulationen und Liedervorträge)

Landespräsident Bleiker: Frau Landesvizepräsidentin, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu ihrer Wahl und möchte Sie bitten, nach vorne zu kommen und neben mir Platz zu nehmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Sie erleben einen der seltenen Momente, an denen sogar ich fast sprachlos bin. Aber ich versichere Ihnen, das sind sehr bewegende Momente, die selbst unter eine dicke Haut gehen. Ich bin schlichtweg überwältigt.

Für das überaus grosse Vertrauen, das sie mir mit der Wahl zum Landespräsidenten gewährt haben, danke ich Ihnen ganz herzlich. Ich mache dies auch im Namen meiner Frau Ruth sowie unseren beiden Kindern Daniela und Reto mit ihren Familien, welche mich auf meinem bisherigen politischen Weg, der klassischen „Ochsentour“ durch alle Stationen eines Milizpolitikers, stets unterstützt haben.

Care colleghe, cari colleghi

Sono molto soddisfatto dell'elezione impressionante come nuovo presidente del Gran Consiglio del cantone dei Grigioni. Per me è un grande onore di poter rappresentare il nostro cantone con la sua diversità e ricchezza culturale e linguistica durante l'anno prossimo. Mille grazie per la vostra grande fiducia.

Stimadas colegas e stimos colegas

Jou ve nunadiu plascher da i'impresciunanta ligida sco president digl Cunzegl Gränd. Par me e'gl egna gränd anur da stger rapreschantar igl proxium on an diversas caschùns igl cantun Grischùn cun la si varietad il linguistica a culturala. Graztga fetg par la vossa grànda cunfidanza.

Die Ehre dieser Wahl möchte ich aber auch teilen mit meiner Wohngemeinde Rothenbrunnen sowie dem Kreis Domleschg. Es ist nach unseren Recherchen vermutlich das erste Mal, dass ein Landespräsident aus diesem Kreis gewählt wurde. Ganz sicher das erste Mal und somit neu für Graubünden sind die drei Buchstaben hinter dem Namen des Landespräsidenten, welche seine Parteizugehörigkeit bezeichnen. Es ist mir daher ein Anliegen speziell auch meiner Partei und insbesondere meiner Fraktion unter der derzeitigen Leitung von Andreas Felix für ihr Vertrauen zu danken. Dass ich heute hier auf diesem Stuhl Platz nehmen kann, geschätzte Fraktionskolleginnen- und Kollegen, ist auch ein Resultat eurer Geschlossenheit und Unterstützung während der letzten Jahre.

In meinen Dank einschliessen möchte ich auch meinen Arbeitgeber, welcher sich in der Vergangenheit immer sehr kulant gezeigt hat und mich auch im Hinblick auf das kommende Jahr grosszügig unterstützen wird.

Ich fasse diese Wahl nicht nur als persönlichen Vertrauensbeweis sondern auch als eine Verpflichtung für eine klare und effiziente Rats- und Sitzungsführung auf. Ich bin überzeugt, mit ihrer Unterstützung werden wir auch die kommenden Sessionen, wie wir es uns in diesem Rat gewohnt sind, in Achtung und Respekt gegenüber anders denkenden und geprägt von einer guten Gesprächs- und Politikultur über die Bühne bringen. Wenn wir mit unserer persönlichen Energie in dem Sinne sparsam umgehen, als wir uns auf das Inhaltliche und Sachbezogene konzentrieren und nicht in parteipolitisches Geplänkel verfallen, wird uns dies auch in einem Wahljahr gelingen. Und genau das ist es nämlich, was die Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons auch von uns erwarten!

Ich freue mich, unseren vielfältigen und einzigartigen Kanton im nächsten Jahr bei verschiedensten Gelegenheiten vertreten zu dürfen und damit verbunden auf die vielfältigen Begegnungen sowohl mit interessanten Persönlichkeiten, welche ich vielleicht sonst nicht kennen lernen würde, als auch mit Leuten aus allen Bevölkerungsschichten. Ein Junge aus unserer Nachbarschaft hat gemeint, dass ich jetzt sozusagen König von Graubünden werde. Aber sie wissen so gut wie ich, die Königinnen und Könige in Graubünden sind wie auch anderenorts, nicht unbedingt hier in diesem Saal zu finden. Wobei ich gleich auch anmerken möchte, dass König nicht à priori etwas Schlechtes sein muss! In diesem Sinne wird jede Begegnung im kommenden Jahr für mich eine Begegnung mit einer interessanten Persönlichkeit sein.

Auch wenn ich wie die Meisten in den letzten Jahren auf diesem Stuhl, etwas grosszügig gefasst, aus dem Wirtschaftsraum Churer Rheintal komme, wird es mir ein Anliegen sein, die Wichtigkeit und Unerlässlichkeit unserer dezentralen Besiedlung mit all ihren Konsequenzen stets zu betonen. Dies ist in meinen Augen eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung unseres Kantons in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht.

Liebe Christina, ich danke dir ganz herzlich für das interessante und lehrreiche Jahr als dein Vize. Wir hatten gemeinsam viele gute Auftritte und haben auch hinter den Kulissen gut zusammen gearbeitet. Und dies, ob-

wohl wir oder vielleicht eben gerade weil wir inhaltlich durchaus nicht immer einer Meinung waren. Für mich ist es nämlich genau das, was die Politik so spannend macht. Ich danke Dir auch im Namen aller Beteiligten für deinen unermüdlichen Einsatz und die umsichtige und gute Ratsführung und die Führung der Präsidentenkonferenz und der Redaktionskommission.

Und damit komme ich nebst der Parteizugehörigkeit des Bündner Landespräsidenten zu einer weiteren Neuerung in diesem Amt. Ich bin nämlich der erste Präsident, welcher sowohl von einer Vorgängerin als auch einer Nachfolgerin sprechen kann. Ich gratuliere Dir, liebe Elita, nochmals ganz herzlich zu deiner Wahl als Landesvizepräsidentin und bin überzeugt, dass wir gut zusammenarbeiten und uns auch gut ergänzen werden. Und obwohl ich mich in dieser Situation überhaupt nicht als Miststock zwischen zwei Rosen fühle, möchte ich dies zumindest symbolisch so kundtun.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich für die heutige Anwesenheit meiner Familie sowie vieler Freunde und Bekannten. Ganz besonders gefreut hat mich die musikalische Umrahmung der heutigen Wahl durch die Schüler aus Rothenbrunnen mit Lehrer Duri Alig an der Spitze. Ein spezieller Dank gehört auch den Delegationen des Kreises Domleschg und der Gemeinde Rothenbrunnen, angeführt von Gemeindepräsident Richard Peretti. Er ist es auch, welcher dem umsichtigen OK der Feier vom nächsten Samstag vorsteht und ich garantiere ihnen, die haben zusammen mit über 60 freiwilligen Helferinnen und Helfern etwas Tolles und unserem kleinen Dorf Entsprechendes auf die Beine gestellt. Das OK und mit ihr die ganze Gemeinde freuen sich, möglichst viele von Ihnen trotz Jagd und Unspinnen am nächsten Samstag in Rothenbrunnen begrüßen zu können. Zwei Gründe für eine Reise nach Rothenbrunnen trotz dieser zwei Veranstaltungen. Einerseits, liebe Jäger, wenn sie am Samstag nichts schießen, schießen sie sicher auch nichts Unerlaubtes und andererseits, liebe Schwingerfreunde, waren die Voraussetzungen für einen NOS – oder gar einen Bündner Sieg am Unspinnen auch schon besser als dieses Jahr!

Ich schliesse hiermit den Wahlakt und wir wenden uns nun den weiteren Geschäften zu.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Landespräsident Bleiker: Wir kommen nun zur Vereidigung erstmals Einsitz nehmender Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Ich möchte die betreffenden Personen bitten, nach vorne zu kommen. Ich bitte Sie im Saal und die Gäste auf der Tribüne, sich von den Sitzen zu erheben. Ist jemand unter Ihnen, der das Gelübde ablegen möchte oder wollen Sie alle den Eid schwören. Ist das richtig? Ich lese Ihnen die Formel des Eides vor: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Ich bitte Sie, die Schwurfinger der rechten Hand zu erheben und mir die Worte des

Eides nachzusprechen. Die Worte des Eides lauten: „Ich schwöre es.“

Ratsmitglieder: Ich schwöre es.

Landespräsident Bleiker: Besten Dank. Sie können sich setzen. Wir kommen somit zum ersten Geschäft. Und das erste Geschäft ist diese grosse Energiedebatte.

Energiedebatte

Antrag Präsidentenkonferenz

Durchführung einer organisierten Debatte wie folgt:

Ein Sprecher je Fraktion zuzüglich ein Sprecher der GLP.

Landespräsident Bleiker: Die Präsidentenkonferenz stellt dem Grossen Rat den Antrag, zum Eintreten dieser Energiedebatte eine strukturierte Debatte zu führen. Gemäss Art. 58 GGO ist hierfür der Rat zuständig. Eine strukturierte Debatte heisst, dass aus jeder Fraktion eine Person gemäss GGO sprechen kann und dann ist die Eintretensdebatte zu diesem Geschäft erfüllt. Die Präsidentenkonferenz hat ausserdem beschlossen, in diese Eintretensdebatte auch die Vertreter der Grünliberalen Partei zu Worte kommen zu lassen. Ich stelle den Antrag der Präsidentenkonferenz auf eine strukturierte Debatte zur Diskussion. Das Wort wird nicht verlangt. Wenn Sie mit einer strukturierten Debatte einverstanden sind, bitte ich Sie, sich von den Sitzen zu erheben. Grossmehrheitlich. Das genügt. Besten Dank. Um nicht gleich in der ersten Debatte dem neuen Landespräsidenten den Schwarzen Peter zuschieben zu müssen, die Reihenfolge der Redner festzulegen, hat sich die Präsidentenkonferenz auch hier einstimmig dazu geeinigt. Als erster Sprecher spricht der Vertreter der FDP, Grossrat Nick.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der PK mit offensichtlichem Mehr.

Nick: Ein Anlass ja für die heutige Debatte bildet das tragische Unglück von Fukushima sowie die Reaktionen auf eidgenössischer Ebene. Und dort wird ja bekanntlich der Ausstieg aus der Atomenergie diskutiert, was ich begrüsse. Aber ich befasse mich in der Folge nicht mit der Energiepolitik auf Bundesebene, sondern mit jener in Graubünden. Die FDP setzt sich im Kanton Graubünden für eine konsequente Fortsetzung der bewährten, auf Energieeffizienz, auf die Reduktion fossiler Brennstoffe und auf erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik ein und zwar mit dem Fokus bei der Produktion von Wasserkraft. In der Vergangenheit wurde in unserem Kanton bereits vieles richtig gemacht, gerade auch mit dem neuen Energiegesetz. Jetzt ist die Energieeffizienz, die Produktion durch erneuerbare Energien mit Wasserkraft an wenigen Standorten konzentrierten grossen Windparks und effizienten Solaranlagen weiter zu stärken. Meine Damen und Herren, die FDP hat als einzige Partei nicht bis zum Unglück von Fukushima gewartet,

um der Regierung einen Auftrag betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik zu erteilen. Sie hat einen solchen Auftrag im letzten Februar, also vor dem Reaktorunglück in Japan eingereicht, denn eine systematische Auslegeordnung ist für eine fundierte energiepolitische Diskussion zwingend notwendig. Und wir erlauben uns jetzt an dieser Stelle Bezug nehmend auf unseren Auftrag einige wenige Eckwerte der bündner Strompolitik zu formulieren und erwarten von der Regierung, dass sie diese in ihre weiterführenden Überlegungen und Arbeiten miteinbezieht.

Wichtig ist für uns, dass die Gesamtsicht dabei gewahrt wird. Energiepolitik muss im Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung und den zweifellos grossen wirtschaftlichen Herausforderungen, welche auf unseren Kanton zukommen, betrachtet werden. Gefragt ist somit eine Fokussierung auf die Zukunft mit Augenmass und unter Berücksichtigung der Potenziale des Wirtschaftsstandortes Graubünden. Nun, was sind die Ziele der FDP-Politik? Erstens: Eine sichere, bezahlbare und umweltgerechte Energieversorgung muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Zweitens: Konzentration auf die Stärken und Energiepotenziale Graubündens. Drittens: Konsequente Umsetzung des kantonalen Energiegesetzes. Viertens: Finanzielle Erträge aus der Wasserkraftnutzung verbleiben, wenn immer möglich, im Kanton. Und konkret sieht die FDP vier Handlungsfelder.

Erstens: Wasserkraft. Wir sehen einen zügigen Ausbau der Wasserkraft dort, wo wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch vertretbar. Dabei ist ein altes Postulat der FDP umzusetzen, nämlich ein Abbau unnötiger Hemmnisse und eine Beschleunigung der Verfahren unter einem Jahr für die Realisierung eines neuen Wasserkraftwerks. Dann fordern wir, dass die Restwassersanierung ausgesetzt wird bis klar ist, wie der Ausstieg vollzogen werden kann. Und schliesslich sind die finanziellen Erträge aus der Wasserkraftnutzung zu steigern und soweit als möglich den Gemeinden und dem Kanton zuzuführen. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die so genannte Heimfallstrategie. Wir haben ja auch einen Auftrag, der in diese Richtung zielt. Eine kluge Heimfallstrategie heisst aus Sicht der FDP eben keine Verstaatlichung, sondern weiterhin partnerschaftlich auszuhandelnde Lösungen mit der Stromwirtschaft. Das zweite Handlungsfeld betrifft die Energieeffizienz. Diese ist klar zu verbessern. Es geht also darum, den Energieverbrauch zu senken und die Energie wirkungsvoll zu nutzen. Dieses Problem, und insbesondere das CO₂-Problem, wurden in Graubünden mit dem neuen, kantonalen Energiegesetz angegangen, wo ja bekanntlich Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien im Mittelpunkt stehen. Hier wurden die Zeichen für die Zukunft richtig gestellt. Und nun muss das neue Energiegesetz konsequent umgesetzt werden. Damit werden moderne Standards bei Neubauten und energie-technischen Gebäudesanierungen durchgesetzt. Das dritte Handlungsfeld heisst: Erneuerbare Energien. Neue, erneuerbare Energien sind zu fördern, wenn sie langfristig, wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind. Aber Verzettlung und Alibiübungen sind abzulehnen. Gefragt ist eine Konzentration auf effiziente Anlagen.

Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist das Konkurrenzverhältnis zwischen erneuerbaren Energien einerseits und Umwelt- und Heimatschutz andererseits. Und bei der Abwägung zwischen Förderung von erneuerbaren Energien sowie Umwelt- und Heimatschutz ist pragmatisches Handeln die Lösung. Gefordert ist da eine fallweise Beurteilung.

Das vierte Handlungsfeld ordnen wir bei den Rahmenbedingungen und beim Markt. Dazu haben wir drei konkrete Vorschläge. Erstens: Im Amt für Energie und Verkehr ist jeweils ein verantwortlicher Mitarbeiter zu bezeichnen, der für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien die Federführung hat, und übergeordnete Kompetenzen im verwaltungsinternen Prozess erhält, um die Koordination zwischen Amt für Raumplanung, Amt für Denkmalpflege, Amt für Natur und Umwelt sowie Amt für Energie und Verkehr ohne Hindernisse zu bewältigen um die Projektrealisierung zu beschleunigen, bzw. den Aufwand für Projekte zu verringern hat. Zweitens: Der zweite Vorschlag, das betrifft das Stromnetz. Beim Ausbau des Stromnetzes müssen Verfahrenshürden abgebaut werden. Ohne Netzausbau sind sowohl der Atomausstieg als auch eine dezentrale Energieproduktion nicht zu bewältigen. Zudem muss das heutige Stromversorgungsnetz weiter entwickelt werden. Dritter Vorschlag: Forschung und Bildung. Diese ist im Bereich Cleantech voranzutreiben. Graubünden ist mit der HTW, der Innovationsstiftung Graubünden und Kooperationen mit der ETH Zürich gut positioniert. Der Master in Energie ist in jedem Fall langfristig weiterzuführen. Zusammenfassend fordern wir also von der Regierung des Kantons Graubünden erstens eine systematische Auslegeordnung beinhaltend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik. Zweitens: Erträge aus Wasserkraftnutzung sollen soweit als möglich im Kanton Graubünden verbleiben. Drittens: Eine kluge Heimfallstrategie. Viertens: Maximale Ausnutzung des bundesgesetzlichen Spielraums bei der Bewilligung von energietechnischen Anlagen. Und fünftens: Die Ämter übergreifende Zusammenarbeit ist zu institutionalisieren, d.h. eine Umlagerung der personellen Ressourcen und Entscheidungskompetenzen ins Amt für Energie und Verkehr ist vorzunehmen. Wir wollen also eine saubere Auslegeordnung und eine Situationsanalyse, dann eine Festlegung der Ziele und Strategie bevor weitreichende Entscheidungen für die Energiepolitik des Kantons getroffen werden. Diese Auslegeordnung soll in sehr kurzer Zeit erfolgen und wir fordern die Regierung, diese rasch vorzunehmen. Ich danke der Regierung, wenn Sie unsere Anliegen in Ihre weiterführenden Überlegungen mit einbeziehen.

Standespräsident Bleiker: Bevor wir weiterfahren, möchte ich mitteilen, dass angesichts der Temperaturen in diesem Saal selbstverständlich Tenue-Erleichterung erlaubt ist. Als nächster Redner spricht Grossrat Davaz als Sprecher der freien Fraktion.

Davaz: Fukushima hat auf nationaler Ebene eine intensive, grundlegende Diskussion über unsere zukünftige Energiepolitik ausgelöst. Der Bundesrat, der kurz vor diesem Ereignis noch deutlich machte, dass die Schweiz

für eine sichere Energieversorgung auf die Kernkraft angewiesen sei, sprach plötzlich vom Ausstieg aus der Kernenergie. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen allerdings weiter betrieben, aber keine neuen erstellt werden. Der Bundesrat stellte dabei auf das Jahr 2012 einen umfassenden Bericht und Anträge in Aussicht, wie der Ausstieg erfolgen soll. Diese Grundlagen werden gegenwärtig erarbeitet. Sobald diese vorliegen, kann die Energiezukunft der Schweiz definiert werden. Wichtig ist, dass wir im Interesse unserer Wettbewerbsfähigkeit, welche gegenwärtig wegen des tiefen Eurokurses bereits stark angeschlagen ist, auch in Zukunft unserer Wirtschaft eine sichere Energieversorgung zu günstigen Preisen garantieren. Mit berücksichtigt werden muss die Problematik der hohen Auslandabhängigkeit sowie das Problem des Kohlendioxids. Nach Vorliegen der Botschaft des Bundesrates 2012 ist die Bündner Energiestrategie allenfalls diesen Grundsätzen anzupassen. Deshalb macht diese Sondersession heute wenig bis gar keinen Sinn.

Im Schlepptau der sehr emotional geführten Energiediskussion auf eidgenössischer Ebene ist auch in Graubünden der Ruf nach einer Energiewende laut geworden. Wir wenden uns klar gegen eine grundsätzliche Wende in der bündnerischen Energiepolitik, auch wenn selbstverständlich Verbesserungen möglich und durchzusetzen sind. Warum keine grundsätzliche Wende? Nach dem Wallis ist der Kanton Graubünden der grösste Wasserkraftkanton der Schweiz. Rund 25 Prozent der Produktion werden im Kanton konsumiert, 75 Prozent exportiert. Die erneuerbare Energie Wasserkraft ist wichtiger Bestandteil unserer Volkswirtschaft. Dieser Situation waren sich auch unsere Vorfahren immer bewusst. Sie haben den Ausbau der Wasserkraft vorangetrieben, leider, mangels eigener Mittel mit reduzierter eigener Beteiligung. Dank der Wasserzinsen konnten aber jene Mittel generiert werden, die für das Überleben vieler Gemeinden in unserem Kanton entscheidend sind. Erfreulicherweise wurden auch die Institutionen geschaffen, welche Gewähr bieten, dass unsere Energie am Markt umgesetzt werden kann. Sie stellen die Grundversorgung in unserem Kanton sicher. Von zentraler Bedeutung sind der Aufbau und die Entwicklung der Repower zu einem bedeutenden Player in der schweizerischen, aber auch europäischen Energieszene. Dank der Stärke von Repower kann heute davon ausgegangen werden, dass die Energiegrundversorgung in unserem Kanton sichergestellt werden kann. Repower garantiert zudem zahlreiche Arbeitsplätze in verschiedenen Regionen, insbesondere auch in peripheren Gebieten unseres Kantons. Repower leistet über Steuern und Abgaben einen nicht unbedeutenden Beitrag an die öffentlichen Haushalte im Kanton. Das Investitionsvolumen dieser Unternehmung löst in unserem Kanton zusätzliche Impulse in verschiedenen Sektoren unserer Wirtschaft aus. Die Grundidee dieser Strategie war immer klar. Mit guten Partnerschaften soll man sich im freien Wettbewerb behaupten. Nicht mit staatlichen Regulierungen und Subventionen. Diese Grundstrategie hat sich bewährt und muss weiter geführt werden.

Aus unserer Sicht ergeben sich folgende Beurteilungen. Erstens: Ausbau Wasserkraft. Eine Optimierung oder

Erweiterung der bestehenden Wasserkraftnutzung hat erste Priorität. Mögliche kleinere und grössere Projekte wie untere Landquart und allfällige Rheinkraftwerke sind voranzutreiben. Graubünden verfügt dazu über das nötige Know-how und die nötigen Voraussetzungen. Förderprogramme: Um den Verbrauch von fossilen Energien mit seinen negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu reduzieren unterstützen wir Anreizprogramme. Mit den Gebäudesanierungsprogrammen ist hier ein sinnvoller Weg eingeschlagen worden. Zu prüfen ist, ob diese allenfalls noch verstärkt werden können. Problematisch erachten wir hingegen die nun gestarteten Subventionsprogramme für effizientere Geräte. Warum? Ein Beispiel. Wer einen alten Tumbler durch einen effizienteren ersetzt erhält x Franken. Das scheint zweckmässig zu sein. Wie ist es, wenn jemand seinen alten Tumbler stilllegt und nicht ersetzt? Sich also viel vernünftiger verhält, dann bekommt er nichts. Dies zeigt, Programme dieser Art machen wohl Eindruck, aber sie sind kaum gerecht anwendbar. Einige davon werden profitieren, andere nicht. Der Steuerzahler wird aber mit einem Millionenbetrag belastet. Wir meinen, hier ist Zurückhaltung am Platz.

Neue erneuerbare Energien: Das Ausbauziel für alle neuen, erneuerbaren Energien bis 2030 beträgt 5'400 Gigawattstunden. Dies innert zwanzig Jahren zu erreichende Gesamtziel wurde durch den Mehrverbrauch eines einzigen Jahres, nämlich im 2010 fast zur Hälfte konsumiert. Alle durch KEV subventionierten Anlagen, Wind, Photovoltaik, Biogasanlagen etc. produzieren zusammen 730 Gigawattstunden. Dies trotz der Bereitstellung von bis zu knapp einer halben Milliarden Franken pro Jahr. Windenergie in den letzten zehn Jahren hat sich auf eine Jahresproduktion von 36 Gigawattstunden verzehnfacht. Sie erreichte damit 1,5 Prozent der Zunahme des Stromverbrauchs im Jahre 2010, 1,5 Prozent. Selbst ein massiver Ausbau dieser Kapazitäten bringt mit der aktuellen Technologie produktionsmässig wenig, da entgegen allen Berichten Leistung und Produktion nicht das gleiche sind. So sind z.B. die Leistungsdaten bei der Windkraft wie auch bei der Sonnenenergie viel höher als ihre eigentliche Produktion, da ihre Betriebsdauer naturgemäss stark schwankt. Dies und die nicht vorhandenen Speichermöglichkeiten machen die beiden Energieträger zu einem sehr unzuverlässigen Produzenten. In Bezug auf die Windenergie sind zusätzliche Probleme zu beachten. Die Immissionen auf die Umgebung sowie die landschaftlichen Veränderungen. Letzte Woche haben Umweltorganisationen Kritik am geplanten Windpark Lugnez geäussert und verlangen eine Reduktion der Windanlagen und eine Konzentration im Bereich der Bergbahnen. Dies zeigt, Windanlagen verändern die Landschaft nachhaltig. Eine Konzentration bei den Bergbahnen schafft neue Konflikte mit dem Tourismus. Wer will schon in der Mitte einer Windkraftanlage seine Ferien verbringen? Windkraftanlagen signalisieren ja, hier windet es stark. Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben. Wir vertreten hier die Meinung, dass die touristische Förderung in Graubünden Vorrang haben muss. Nehmen wir uns ein Beispiel an unserer touristischen Konkurrenzregion Südtirol. Die Regierung strebt ein windkraftfreies Südtirol an und verlangt sogar den

Rückbau der bestehenden Anlagen auf dem Reschenpass innerhalb von fünf Jahren. Auch die angestrebten einzelnen Grosswindkraftanlagen mit einer Höhe von 160 Meter im dicht besiedelten Bündner Rheintal überzeugen in keiner Art und Weise. Es kann nicht sein, dass die Einwohnerschaft viele negative Immissionen in Kauf nehmen muss, um Privaten dank massiven Subventionen zu Gewinnen zu verhelfen. Ausgerechnet die Grüne Partei des Kanton Jura hat genug. Sie hat Erfahrungen mit ihrem Windpark auf den Jurahöhen gemacht. Sie lehnt die Erstellung weiterer Anlagen ab. Begründung: Wir wurden angelogen. Die Emissionen sind viel grösser, die Stromproduktion viel kleiner als auf den Hochglanzprospekten versprochen. Aufgrund dieser Fakten stehen wir der Subventionierung heutiger Technologien in diesem Bereich sehr skeptisch gegenüber. Vielmehr ist es nötig, die Forschung zu intensivieren, damit diese Technologien wettbewerbsfähig gemacht werden können. Wettbewerbsfähig ist beispielsweise heute schon die Wärmenutzung der Sonnenenergie. Im Bereich Geothermie eröffnen sich möglicherweise wichtige Chancen für die Energieversorgung der Zukunft. Zusammenfassung: Graubünden sollte an seiner bewährten Energiepolitik festhalten und vor allem eine Optimierung der Wassernutzung anstreben. Daneben sollen die Gebäudesanierungsprogramme beibehalten eventuell sogar ausgebaut werden. Auf die Subventionierung ineffizienter Energieformen ist zu verzichten, dafür die Forschung zu intensivieren.

Gasser: Fukushima sei Dank. Das tönt jetzt etwas makaber, aber es ist so. Ohne den Supergau in Japan würden wir hier heute Nachmittag nicht über Energie debattieren. Und das stimmt mich auf der einen Seite etwas traurig. Glauben wir auch nicht dieses Desaster sei vorbei. Es ist heute noch so, dass Tepco, der Betreiber von Fukushima, noch nicht Herr der Lage ist. Noch tausende von Menschen sind in Notunterkünften untergebracht. Im Reaktor 3 sei es wieder zu Kernschmelzungen gekommen, deren Folgen noch unbekannt sind. Wegen Belastung von Rindfleisch haben 17 Präfekturen den Verkauf von Fleisch eingestellt. In Fukushima darf nicht gefischt werden, es dürfen keine Fische verkauft werden. Die anstehende Reisernte ist höchst fraglich. Aus den Medien aus den Sinnen. So kommt es mir vor, wenn ich die Debatte und die Gespräche der letzten Wochen verfolge. Die allgegenwärtigen Versuche der Atomlobbyisten, die hinter halb verschlossenen Türen Vorbereitungen treffen, den politischen Durchbruch von Bundesrat und Nationalrat zu hintertreiben stimmen mich nachdenklich. So kommt es mir auch vor, wenn ich den Bericht und den Antrag der Kommission für Staatspolitik und Strategie des Grossen Rates lese. In diesen so genannt politischen Vorgaben für die Regierung kommt das Thema Energie kaum vor. Klimawandel, eines die Welt und ich denke, vor allem den Kanton Graubünden in den nächsten Jahren stark beschäftigendes Problem, ist eher nebenbei behandelt und nebst Einsichten über die Betroffenheit, die ich sehr begrüsse, ist hier wenig zu vernehmen.

Und da bin ich jetzt angekommen bei der Botschaft aus grünliberaler Sicht, zu dieser Energiesondersitzung, die

ich an Sie richten darf und ich bedanke mich vielmals, dass die Grünliberalen auch sprechen dürfen. Erstens: Wir können nicht nur von Neuorientierung, Umbau des Energiesystems, so stand es da in diesen Anträgen, von 2'000-Watt-Gesellschaft und von Nachhaltigkeit reden. Wir brauchen, und davon bin ich zutiefst überzeugt, jetzt ganz klare Zielsetzungen, Leitplanken, wohin die Reise geht. Denn dies müssten eben auch die Rahmenbedingungen sein, die Leitplanken für die Regierungstätigkeit. Der Bundesrat fordert in seiner Perspektiven 2050/2035 ganz klar den Ausstieg aus der Kernenergie. Dies erfordert, und das ist unbestritten, auch auf eidgenössischer Ebene der Umbau unseres Energiesystems. Das werden wir nicht allein mit Lippenbekenntnissen schaffen, wie es immer wieder wiederholt wird. Business as usual funktioniert hier nicht. Wichtig ist auch, dass wir jetzt nicht warten, weiter analysieren. Man soll analysieren, aber nicht warten, bis die hinterste dritte Stelle hinter dem Komma noch stimmt. Die meisten Fakten liegen teils seit mehreren Jahren und Monaten auf dem Tisch. Noch fehlen die Unterlagen, welche die Regierung versprochen hat beizubringen, sie sind mehr als fällig. Wir sind sehr gespannt und wir hoffen auf rasches Beibringen dieser Unterlagen. Drittens: Ich denke, es braucht die Einsicht in die riesige Chance, die unser Kanton hat mit dem Umbau dieses Energiesystems. Wir haben hervorragende Voraussetzungen, gerade hier in unserem Kanton, dies zu leisten. Der Weg ist vorgezeichnet. Wir haben Sonne, fast im Überfluss, der unseren Tourismus weiter stärkt und bewegt. Wir haben Ressourcen in Form von Wasserkraft, die in unseren Bergen dank des grossen Gefälles ermöglichen, um eben Strom zu produzieren. Aber es kann doch nicht sein, dass wir immer noch für rund 250 Millionen Franken Heizöl unsinnig verbrennen. Die heute verfügbare Technik erlaubt uns, im Bestand dieser Häuser 60 bis 80 Prozent davon in Zukunft einzusparen. Und das erreichen wir, wenn wir heute investieren, damit Arbeitsplätze, wertvolle Arbeitsplätze, im ganzen Kanton schaffen. Eine grosse Chance auch für Innovationen. Denn wir bauen heute Plus-Energiehäuser, d.h. wir können mit jedem Haus noch zusätzlich Energie produzieren. Alleine der Umbau von 14'000 Elektroheizungen in unserem Kanton würde enorme Effizienz, würde enormes Stromeinsparungspotenzial bringen. Und die schaffen wir nur mit finanziellen Anreizen. Jeder Umbau, das wissen Sie von jedem Gebäude, von jedem Haus, das Sie selbst besitzen, jeder Umbau kostet eben auch. Gratis ist das nicht zu haben. Aber wir haben auch enorme Erträge auf der anderen Seite. Wir haben eine Struktur, die uns unabhängig macht. Wir haben eine Struktur, die attraktiv ist für Touristen, wenn wir ihnen eben auch zeigen, es funktioniert. Und wir leisten mit diesen Beiträgen einen wichtigen Beitrag an die CO₂-Reduktion. Ich glaube, wir stehen in der Verantwortung als Kanton, der mit diesen wunderbaren Ressourcen so gut gesegnet ist. Ich glaube, wir stehen in der Verantwortung, der Schweiz auch etwas zu bieten. Den anderen zu zeigen, dass wir auch bereit sind in die Zukunft zu investieren. Ich glaube auch, und bin überzeugt, wenn wir das machen, werden wir auch eher erhört, wenn wir wiederum unsere Forderungen, die wir sicher auch stellen dürfen und uns damit bemerkbar machen. Ich freue mich auf

diese Sondersitzung und bin vor allem dann gespannt, wenn noch weitere Unterlagen dabei sind. Ich bin überzeugt, gemeinsam mit mutigen Entscheidungen, die nicht Business as usual sind, werden wir es schaffen.

Caduff: Es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen. Bei den Ereignissen vom 11. März 2011 an der Ostküste Japans haben Erdbeben und Zunami nicht nur die Kernreaktoren erschüttert, schlagartig gerieten in vielen Ländern auch energiepolitische Überzeugungen aus dem Gleichgewicht. Das Ausmass der Katastrophe hat erschüttert und wohl kaum jemanden unberührt gelassen. Die Weichen für die Energiedebatte wurden im März 2011 neu gestellt. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse ist verständlich, dass die Diskussion zur Energiezukunft unserer Gesellschaft an Intensität gewonnen hat. So wurden in Bundesbern 160 Vorstösse zu Energiethemen eingereicht und an der Junisession diskutiert. Nicht nur im Bündner Parlament sondern auch in vielen anderen kantonalen Parlamenten wurden Vorstösse zu Energiethemen in grosser Anzahl eingereicht. Obwohl die Beweggründe für die Vorstösse nachvollziehbar sind, liegen die Anliegen nicht immer in der Kompetenz des Kantons, sondern vielmehr in der Kompetenz des Bundes oder der Gemeinden. Entsprechende Abklärungen vor der Einreichung des Vorstosses hätten Klarheit geschafft. Wenn dann nach der negativen Beantwortung der Regierung behauptet wird, die Regierung oder andere Parteien nehmen das Thema nicht ernst, krebsten nun wieder zurück, dann hat das wohl mit Wahlkampf als mit Sachpolitik zu tun. Anstatt in Hyperaktivismus zu verfallen, ist zuerst nachdenken über eine nachhaltige künftige Energieproduktion, und ich betone nochmals Energieproduktion der Schweiz, angebracht, um anschliessend konkrete zielführende Optionen für eine nachhaltige Energiezukunft zu diskutieren.

Unbestritten ist, dass Handlungsbedarf besteht. Die Energiewende muss erfolgen. Diese Energiewende kann der Kanton Graubünden jedoch nicht alleine vollziehen. Um das hochgesteckte Ziel des Atomausstieges sowie eine massive Reduktion des CO₂-Ausstosses zu erreichen, sind enorme Anstrengungen notwendig. Um die Energiewende zu vollziehen, bedarf es eines systematischen und koordinierten Vorgehens. Das kann am ehesten gewährleistet werden, wenn der Bund in einem ersten Schritt die Rahmenbedingungen, die Marschrichtung auf nationaler Ebene vorgibt. In einem zweiten Schritt sind die Kantone, die Gemeinden und Private gefordert ihre Massnahmen innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen zu definieren und umzusetzen. Ohne klar strukturiertes Vorgehen laufen wir Gefahr unkoordiniert und wenig effektiv zu agieren, was der Sache wenig dienlich wäre. Die Rahmenbedingungen bezüglich Energieproduktion müssen also zuerst auf Bundesebene festgelegt werden, bevor wir die Gewichtung und die Stossrichtung bei der Energieproduktion in Graubünden legen. Der Bundesratsentscheid für den Atomausstieg ist meines Erachtens ein richtiger Entscheid. Um die durch den Atomausstieg wegfallende Energieproduktion, wir wissen, es sind 40 Prozent der Energieproduktion, zu kompensieren sind grosse Anstrengungen notwendig.

Es wurde von meinen Vorrednern bereits darauf hingewiesen, welcher Beitrag der Kanton Graubünden dazu leistet. Wir produzieren nämlich heute viermal mehr als wir brauchen. Wir leisten also bereits heute einen überproportionalen Beitrag zur Energieversorgung unseres Landes. Der Kanton Graubünden soll auch künftig ein verlässlicher Partner für die Produktion von erneuerbarem Strom für die Schweiz sein. Dies bedingt jedoch eine liberalere Haltung bei der Bewilligung von neuen Wasserkraftwerken. Zudem erwarte ich vom Kanton, dass er im Energiebericht, sofern der Auftrag Heiz überwiesen wird, was ich euch sehr ans Herz legen möchte, darlegt, welche Standorte und welche Energieträger bei den neuen erneuerbaren Energien für den Kanton Graubünden geeignet sind und an welchem Standort. Neben Sonne und Wind ist die Erde die grösste praktisch unerschöpfliche Energiequelle, die zur Verfügung steht. Wir sitzen so zu sagen auf einem riesigen Feuerball von mehreren 1'000 Grad Hitze, nutzen es aber kaum. Da die klimatischen Bedingungen in der Schweiz die Sonnenkraft und Windkraft beschränken, sehen Energieexperten in der Wärme aus dem Erdinneren insbesondere in der Form der Tiefengeothermiebohrungen Potenzial für erneuerbare Energien in der Schweiz. Die Erdwärme ist eine unserer wichtigsten Energiequellen der Zukunft. Bohrungen in Tiefen von drei, fünf oder gar zehn Kilometern stellen heute noch eine technologische und wirtschaftliche Herausforderung dar und sind mit Risiken verbunden. Um das Potenzial der Tiefengeothermie nutzen zu können, sind vertieftes Wissen im Bereich der Geologie, der Erdbebenrisikoforschung sowie Innovationen in der Bohrtechnik zentral. Die ETH Zürich ist auf diesem Gebiet tätig. Gemäss Aussagen des Vizedirektors des Bundesamtes für Energie hat die Schweiz das Ziel, den einen Teil der erneuerbaren Stromproduktion auf mindestens 70 Prozent zu steigern. Er sieht die Tiefengeothermie in 20 bis 30 Jahren als einen der bedeutendsten Energieträger. Ich erwarte, dass auch der Kanton Graubünden sich aktiv in diesen Prozess einklinkt, um das Potenzial für unseren Kanton abzuklären und allenfalls rechtzeitig auf den Zug aufzuspringen.

Von zentraler Bedeutung für die Energiewirtschaft des Kanton Graubünden ist die Thematik des Heimfalls. Der von Grossrat Augustin geforderte Bericht betreffend Heimfallstrategie ist eine unerlässliche und zwingende Basis, um eine fundierte Diskussion diesbezüglich führen zu können. Es gilt abzuwägen, welche Optionen sowohl für Kanton und Gemeinden vorteilhaft sind. Ziel muss es sein, die grösstmögliche Wertschöpfung im Kanton zu behalten. Erste Priorität haben Arbeitsplätze im Kanton, erst zweite Priorität Wasserzinsen und günstige Partnerenergie. Um das Optimum für die Bündner Volkswirtschaft zu erreichen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden notwendig. Während die ersten beiden Punkte, also Strategie bei der Energieproduktion zuerst durch übergeordnete Rahmenbedingungen des Bundes ausgewiesen werden müssen, die Diskussion bezüglich Heimfallstrategie zuerst einer Auslegeordnung in einem Bericht bedarf, können wir bei der Energieeffizienz sofort und auf kantonalen Ebene ansetzen. Die CVP hat entsprechend einen Auftrag unter dem Titel Aktionsplan Energie Graubünden, fünf Mass-

nahmen, fünf Millionen, fünf Jahre erarbeitet und wird diesen noch in dieser Session einreichen. Worum geht es? Was möchten wir erreichen? Der Kanton verfügt mit dem neuen Energiegesetz, in Kraft seit Anfang Jahr, über eine zeitgemässe und progressive Grundlage, welche es erlaubt, ohne das Gesetz dafür anpassen zu müssen, den Massnahmenkatalog und die Förderpraxis bedürfnisgerecht weiterzuentwickeln. Zur Unterstützung der erwähnten Energiewende fordert die CVP mit ihrem Auftrag deshalb die Regierung auf, in folgenden Bereichen tätig zu werden und wo nötig die Energieverordnung beziehungsweise die Vollzugsrichtlinien unverzüglich anzupassen und im Budget 2012 die dafür notwendigen Mittel vorzusehen. Die Massnahmen sind erstens: Der Kanton unterstützt die Schaffung eines Lehrstuhls zum Querschnittsthema Cleantech an der HTW Chur. Dieser soll die einschlägige Aktivitäten im Rahmen eines erweiterten Leistungsauftrags koordinieren und die daraus abgeleiteten Arbeitsprogramme unter dem Gesichtspunkt des grösstmöglichen Nutzens für den Kanton Graubünden führen. Zweitens: Der Kanton soll die Erstellung von kommunalen Energiekonzepten und Energieleitbildern finanziell unterstützen. Drittens: Der Kanton soll Neubauten und Ersatzneubauten nach Minergie P, Minergie A oder vergleichbarem Passivstandard finanziell wesentlich stärker fördern. Viertens: Der Kanton soll den Ersatz von Elektroheizungen durch wesentlich höhere finanzielle Beiträge forcieren. Fünftens: Der Kanton soll die Förderung von Vorgehensberatungen für die effiziente Nutzung und den Ersatz von erneuerbaren Energien im Neubau sowie bei der Gebäudesanierung prüfen und die Beratungsdienstleistungen des Amtes für Energie und Verkehr gegebenenfalls darauf ausrichten.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch folgende Bemerkung: Bei der Energiedebatte ist oft zu hören: Das ist ja nicht möglich. Wie wollen wir denn wissen, was möglich ist, wenn wir das Unmögliche nicht versuchen. Um die Energiewende zu schaffen, sollten wir das Zitat von Hermann Hesse beherzigen: „Man muss das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen“. In diesem Sinne wünsche ich uns eine sachliche Energiedebatte mit vielen guten Ideen und Ansätzen, um das Unmögliche doch zu ermöglichen.

Thöny: Wer vor 20 Jahren behauptet hat, dass sich der Bündner Grosse Rat eine Sonderdebatte zum Thema Energie leisten wird, wäre damals wohl als Spinner bezeichnet worden. Heute ist diese Situation Tatsache geworden. Was ist geschehen? In den 70er und 80er Jahren sind die ersten Anzeichen der Klimaschädigung durch fossile Energien noch ignoriert worden. Doch die Hinweise haben sich immer mehr erhärtet und sie sind immer häufiger aufgetreten. Heute kann als Tatsache betrachtet werden, dass der Mensch seine Lebensgrundlagen Luft und Boden irreversibel schädigt. Das ist eigentlich auch kein Wunder, wenn man sich bewusst ist, dass nichts aber auch gar nichts unseren schönen Planeten verlassen kann. Der allerhöchste Kamin verhindert nicht eine Verschmutzung der Atmosphäre. Die Devise der Vergangenheit aus den Augen aus dem Sinn entpuppt sich heute als grosse Hypothek. Unser Planet ist endlich. Alle Abfälle bleiben hier. Alles was aus dem

Boden gefördert wird, ist für immer erschöpft. Alles Nachwachsende wird für immer verschwunden sein, wenn mehr verbraucht wird als nachwächst. Diese Gesetze unseres Planeten sind zulange ignoriert worden. Man kann ihnen nicht entweichen. Das ist heute glücklicherweise allgemein erkannt und in weiten Kreisen unbestritten.

So wäre es fatal, wenn man nach wie vor auf der Ver- nichtungstechnologie von Erdöl und Atomkraft beharrt. Beim Erdöl und bei der Kohle ist das offensichtlich. Abgas stinkt, ist gesundheitsschädlich und erwärmt das Klima. Erstaunlich, dass da Repower diese Sache noch nicht erkannt hat oder diese hartnäckig ignoriert. Aber auch AKWs weiter betreiben ist ein technologischer Stillstand. Uran weiter benutzen widerspricht fundamen- talen, ökologischen und ökonomischen Grundsätzen. Uran ist endlich und damit nicht unbegrenzt verfügbar. Es gehört nicht zu den einheimischen Ressourcen der Schweiz und macht abhängig vom Ausland. Die Abbau- gebiete sind teilweise massiv verseucht und die Men- schen dort leben unter erbärmlichsten Verhältnissen. Die Förderung von Uran und der Transport bis zu uns sind mit nicht zu unterschätzendem CO₂-Ausstoss verbunden. AKWs nutzen die Abwärme nicht und haben somit nur einen Wirkungsgrad von rund 30 Prozent. Zwei Drittel der Energie verpufft also ungenutzt und die Risiken sind uns kürzlich wieder dramatisch vor Augen geführt worden. Und die Endlagerung schliesslich, ist weltweit noch nicht gelöst. Kurzum: Nebst dem Klimavernichtern Erdöl, Erdgas und Kohle gehören auch Uran zu den veralteten und endlichen Energieressourcen des letzten Jahrtausends, die uns mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Auch das ist heute glücklicherweise allgemein erkannt und in weiten Kreisen unbestritten. Die Lösung liegt auf dem Silbertablett bereit. Die erneuerbaren Energien, wobei Wasserkraft grösstenteils bei uns bereits ausgeschöpft ist. Anders bei der Sonnenenergie. Die Sonne liefert in einer Stunde so viel Energie auf unseren Planeten wie die Menschheit in einem Jahr verbraucht. Und sie wird noch einige Milliarden Jahre weiter schei- nen. Ein beinahe unendliches Potenzial. Ein Potenzial, das heute noch viel zu wenig genutzt wird. Jeder unge- nutzte Sonnenstrahl auf einem Hausdach ist zu 100 Pro- zent verlorene Energie. Dasselbe gilt für die Windkraft. Nebst diesem immensen Überfluss an Energie haben die erneuerbaren genau dort Vorteile wo die alten Nachteile hatten. Sie sind einheimisch, regional verfügbar, machen uns unabhängig, sie sind sauber und auf mittelfristige Sicht auch rentabel. Wahrlich bestechende Argumente. Ein solches Produkt würde wohl jede Firma gerne in ihrem Portfolio haben.

Die Vorteile der erneuerbaren Energien sind heute glück- licherweise allgemein erkannt und in weiten Kreisen unbestritten. Aber wo liegt denn nun eigentlich das Problem? Warum braucht der Bündner Grosse Rat eine Son- derdebatte, um dieser klaren Ausgangslage zu begegnen? Ich gehe davon aus, dass wir am Schluss der Debatte diese Frage beantworten können. Für die SP ist der Sachverhalt so klar und offensichtlich, dass keine Zeit mehr vertrödelt werden sollte, um noch lange zu disku- tieren. Die Vorteile einer Energiewende hin zur vollstän- digen Versorgung mit erneuerbaren Energien überwie-

gen so schwergewichtig, dass Massnahmen eingeleitet werden müssen. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Klar, man kann alles noch ein bisschen besser machen. Aber Sie warten auch nicht, bis ein besseres Auto auf dem Markt ist und gehen bis dahin zu Fuss. Dazu ein kleiner Vergleich. Sie wissen sicher, dass ein Auto einen mageren Wirkungsgrad von knapp 20 Prozent hat. Gleich viel, wie etwa eine Photovoltaikanlage. Mit dem Auto fahren Sie alle. Aber bei der Photovoltaikanlage argumentiert man unter anderem, dass sie viel zu wenig effizient sei. Dabei ist die Angelegenheit beim Auto viel schlimmer. Hier wird 80 Prozent des verbrannten Treibstoffs ungenutzt in die Atmosphäre geblasen und belastet das Klima. Bei der Photovoltaik wird lediglich 80 Prozent der anfallenden Sonnenenergie nicht in Strom umgewandelt, ohne Abfall und Klimabelastung. Die Energiewende ist also nicht eine Frage des Könnens, sondern eine Frage des Wollens. Selbstverständlich wird das auch etwas kosten. Aber wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass alleine der Rückbau eines AKW's an die zwei Milliarden Franken kostet, und wir haben fünf davon, relativieren sich Investitionen in die erneuerbaren gewaltig. Ökonomisch mag kurzfristig ein Wechsel wohl etwas teurer sein, aber mittel- bis langfristig wird man zu den Gewinnern gehören. Denn Sonnenenergie als Rohstoff ist gratis. Da ein Wechsel von der über 70-prozentigen Abhängigkeit von fossiler Energie, die die Einwohner des Kantons jährlich mehr als eine viertel Milliarde Franken kostet, da ein solcher Wechsel nicht einfach von heute auf Morgen geht, muss man gleichzeitig auf Energieeffizienzmassnahmen setzen. Denn nach wie vor schreibt unsere Gesellschaft Milliarden Verluste durch Ineffizienz und verschleudert sinnlos Energie.

Die SP ist überzeugt, dass ihre vorgeschlagenen Massnahmen den Ernst der Lage gerecht und die Energiewende zügig vorantreiben werden. Denn nicht zuletzt die Wirtschaft ist auf klare und langfristige Rahmenbedingungen angewiesen. Deshalb müssen wir heute beginnen und wir müssen grosse Schritte einleiten, damit wir in Zukunft nicht zu den Verlierern gehören, wenn es um den Kampf um den letzten Tropfen Öl geht. Es braucht heute mehr als nur Lippenbekenntnisse. Alle Parteien, die im Wahlkampf von Klimaschutz und sauberen Energien reden, sind aufgerufen, bei den heute und morgen zu behandelnden Vorstösse Farbe zu bekennen und konkrete Massnahmen zu beschliessen. Geredet ist schon viel zu lange geworden. Erbringen Sie endlich den Tatbeweis.

Felix: Am 11. März 2011 führte ein schweres Erdbeben in Japan zu schwerwiegenden Schäden in einem grossen Atomkraftwerk bei Fukushima. Die Eskalation des Schadenverlaufs zeigte auf, dass die Technologie der Atomenergieproduktion auch von einem technologisch hoch entwickelten Land wie Japan bei einem akuten Störfall nicht beherrschbar ist. Diese Erkenntnis, wie auch die schockierenden Ereignisse in Japan schlechthin, haben in der Schweiz im Frühling 2011 die politische Diskussion über die künftige Energiepolitik unseres Landes dominiert. Im Kanton Graubünden als bedeutendstem Wasserkraftkanton der Schweiz stieg die Sensibilisierung von Bevölkerung und Politik für das The-

ma. Dies kam nicht zuletzt in zahlreichen Aufträgen und Anfragen zum Ausdruck, welche in der Aprilsession des Grossen Rates eingereicht wurden. Mit der Debatte, die wir heute Nachmittag und morgen Vormittag exklusiv dem Thema Energie widmen, wird die Voraussetzung geschaffen, um das Thema konzentriert anzugehen. Für die Regierung bietet sich die Chance, die Positionen der Fraktionen aufzunehmen, diese in ihre strategischen Überlegungen einfließen zu lassen und die Handlungsfelder, welche sie als prioritär beurteilt, darzulegen. Dem Grossen Rat kommt damit eine indirekte Mitwirkung in der Strategiefindung der Regierung zuteil. In diesem Sinne sieht die Fraktion der BDP ihre Forderung nach einer Sonderdebatte bisweilen erfüllt und dankt der Präsidentenkonferenz für die Umsetzung des Auftrags im Rahmen der Planung der Augustsession.

Eine weitere Debatte wird zu führen sein, wenn die Regierung dem Grossen Rat ihre Berichte betreffend Ziele und Strategie der bündnerischen Strompolitik und der Heimfallstrategie zur Kenntnis bringt. Der Bundesrat hat entschieden, mittelfristig aus der Atomenergieproduktion auszusteigen und die bestehenden Atomkraftwerke am Ende ihrer Nutzungsdauer nicht mehr zu ersetzen. Der Nationalrat ist dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Energieszenario gefolgt und hat in der ausserordentlichen Session Kernenergie und erneuerbare Energien anfangs Juni die BDP-Motion „Keine neuen Rahmenbewilligungen für den Bau von Atomkraftwerken“ deutlich angenommen. Dieser Entscheid findet auch die Zustimmung unserer Fraktion. Technologien, die in extremis nicht beherrschbar sind und die in einem groben Schadenfall einen Teil des Schweizerischen Mittellandes unter Umständen für Generationen von Menschen unbewohnbar machen, sind nicht zukunftsfähig. Der Ausstieg wird derart gestaffelt, dass genügend Zeit für eine Ablösung der Energie durch andere Formen der Energieproduktion verbleibt. Die hohe Versorgungsautonomie und Versorgungssicherheit ist ein Trumpf des Wirtschaftsstandortes Schweiz und muss auch während und nach dem Ausstieg sichergestellt sein. Auch wenn mit einer Verbesserung der Effizienz die Zunahme des Energieverbrauchs vermindert werden kann, so geht es doch im Wesentlichen um die Substituierung von rund 40 Prozent der heutigen Schweizerischen Stromproduktion oder über 60 Prozent des Verbrauchs. Sollte sich z.B. im Bereich der Mobilität der aktuelle Trend zum Elektroantrieb weiter verstärken oder gar durchsetzen oder sollten Ölheizungen flächendeckend mit Wärmepumpen ersetzt werden, dürfte der Bedarf ungleich höher sein. Es ist deshalb richtig zum jetzigen Zeitpunkt primär eine Stromdebatte zu führen. Dabei gilt es den Fokus der Diskussion auf den volkswirtschaftlich bedeutendsten Zweig der Bündner Stromproduktion, die Wasserkraft zu richten und damit aus Graubünden nach Bern die entsprechenden Signale auszusenden.

In strategischer Hinsicht spielt für die BDP die Wasserkraft nach wie vor die zentrale Rolle in der Energiepolitik unseres Kantons. Dies ergibt sich aus dem Mengenvergleich, der mit erneuerbaren Energieträgern produzierte Energie aber auch aus der Tatsache, dass der Kanton Graubünden bei der Wasserkraftnutzung über eine strategische Erfolgsposition verfügt, welche einzig-

artig und nicht kopierbar ist. Graubünden verfügt über Wasser und Graubünden verfügt über Gefälle. Die Wasserkraft ist eine sehr effiziente und wirtschaftliche Form der Stromproduktion und die Wasserkraft ist insgesamt auch die umweltschonendste Form der Stromproduktion. Sie ist damit ein eigentlicher Trumpf für die Schweiz und insbesondere für den Kanton Graubünden. Vor dem Hintergrund des europaweit forcierten Ausbaus der Stromproduktion aus Photovoltaik- und Windanlagen wird der Bedarf nach Spitzenstrom und Regelenergie und damit nach der Speicherkapazität der Wasserkraft zunehmen. Wir erwarten deshalb von der Regierung, dass sie in ihren Strategieberichten der konsequenten Inwertsetzung dieser Ausgangslage das notwendige Gewicht beimisst.

Mit den von der Regierung zur Ablehnung beantragten Aufträgen betreffend 10-jähriges Moratorium für Restwassersanierungen und betreffend Inventar über verhinderte Kraftwerkprojekte im Bereich erneuerbare Energien hat die BDP bewusst mit dem Finger auf Tabuthemen gezeigt. Meine Damen und Herren, solche Tabus werden in Zukunft wieder diskussionsfähig werden müssen, wenn wir die vom Bundesrat und Nationalrat aufgezeigte Vision einer atomkraftfreien Stromproduktion realisieren wollen. Die aktuellen Diskussionen sind zum Teil emotional, populistisch und parteipolitisch gefärbt. Aber auch die beste Argumentation oder die gewagteste Behauptung nützt nichts, wenn ihr die Physik entgegensteht. Ein zeitnahes und unkoordiniertes Abschalten der Kernkraftwerke würde nämlich die Versorgungssicherheit in einem nicht zu verantwortenden Mass beeinträchtigen. Der Grund liegt darin, dass das europäische Stromleitungsnetz auf die heutigen Einspeiseschwerpunkte ausgerichtet ist. Werden diese Schwerpunkte verlagert, sind leistungsfähige Stromautobahnen plötzlich unbenutzt und heute unbedeutende Stromnebenstrassen, wenn man ihnen so sagen will, auf einmal hoffnungslos überlastet. Es kommt zu dem, wenn man so will, Energieverkehrskollaps. Die riesigen Windparks im Norden und Westen Europas haben dieses Problem drastisch verschärft. Der Kanton Graubünden verfügt diesbezüglich über eine strategisch günstige Ausgangslage. Führen doch die in Zukunft noch wichtiger werdenden Transitleitungen durch Graubünden und über die Bündner Alpenpässe. Das Bündnerische Leitungsnetz muss deshalb im Einklang mit der energiepolitischen Wende erneuert werden. Sieht man sich die Bewilligungsdauer solcher Projekte an, wird schnell klar, dass wir hier von einem Generationenprojekt sprechen. Das Ironische an der Sache ist, dass die Umsetzung und die Dauer dieses Projektes im Wesentlichen von den gleichen Gruppierungen erschwert und verlängert werden dürfte, die unmittelbar nach den tragischen Ereignissen in Japan stimmgewaltig einen sofortigen Atomausstieg propagierten. Wir erwarten deshalb von der Regierung, dass sie in ihren Berichten aufzeigt, welche der heute geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen der Umsetzung der dazumal vorliegenden Strategien im Wege stehen und mit welchen politischen Massnahmen diese zu beseitigen wären. Dies gilt sowohl für den Bereich der Stromproduktion als auch für den Bereich der Stromübertragung. Weiter muss in den Berichten aufge-

zeigt werden, wie für den Kanton und die Wasserkraftgemeinden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden können, damit diese in den künftigen Heimfallverhandlungen über die volle Handlungsfreiheit verfügen.

Wie vorhin dargelegt bleibt die Wasserkraft unserer Ansicht nach auch in Zukunft die bedeutendste strategische Ressource zur Stromproduktion in Graubünden. Ein Bericht über Ziele und Strategie der Bündnerischen Strompolitik wäre aber nicht vollständig, wenn er nicht auch andere Potenziale der Stromproduktion in unserem Kanton ausleuchten würde. Neben Photovoltaik, Windenergie oder Geothermie denken wir in unserem Waldreichen Kanton insbesondere auch an die Nutzung von Biomasse mit Wärmekraftkopplungsanlagen. Wir wünschen der Regierung in der Ausarbeitung der Strategieberichte viel Erfolg, vor allem wünschen wir ihr, dass es ihr gelingen möge, den Informationsansprüchen unseres Parlamentes gerecht zu werden, ohne dass sie sich die strategischen Absichten für alle erkennbar auf die Stirn klebt. Ein Ass im Ärmel ist besser als ein punktloser Stich zum falschen Zeitpunkt. Ein solcher wäre die öffentliche Kommunikation der Strategien im Vorfeld der Heimfallverhandlungen.

Zusammengefasst fordern wir im Strategiebericht der Regierung: Die konsequente Inwertsetzung der strategischen Erfolgsposition Wasserkraft. Die Beseitigung von gesetzgeberischen Hindernissen, welcher der Umsetzung der künftigen Strategien im Wege stehen. Die Schaffung der finanziellen Handlungsfreiheit von Kanton und Wasserkraftgemeinden für die zukünftigen Heimfallverhandlungen. Die Ermittlung der Potenziale anderer heute bekannter erneuerbarer Formen der Stromproduktion. Und zuletzt eine Form der Strategiekommunikation, welche die Interessen des Kantons und der Wasserkraftgemeinden bei künftigen Verhandlungen nicht beeinträchtigt.

Standespräsident Bleiker: Damit ist die Eintretensdebatte erschöpft und wir schalten vor den Ausführungen von Regierungsrat Cavigelli eine Pause ein.

Regierungsrat Cavigelli: Vorweg meine herzliche Gratulation für die Wahl an Ueli Bleiker. Ich freue mich, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, hier und heute zur Energiepolitik des Kantons Stellung nehmen zu können, und ich danke auch herzlich für die Inputs, für die Stellungnahmen, für die Forderungen, die Formulierung von Zielen von Seiten der Fraktionen und der Gruppierungen. Wir werden diese sehr ernst aufnehmen, seriös prüfen und natürlich als Basis weiter einsetzen. Ich möchte mit acht politischen Zielvorstellungen und einigen politischen Stossrichtungen, die uns in der Energiediskussion aus der Sicht der Regierung noch einige Zeit begleiten werden, beginnen. Es sind dies Zielvorstellungen in Bereichen der Energiepolitik, in denen der Kanton zuständig ist. In denen wir als Kanton Graubünden handeln können. Ich möchte diese Ausführungen dreiteilen. In der Reihe spreche ich an: die Energieeffizienz, die Stromproduktion und den Heimfall. Und alleine schon mit dieser Dreiteilung liege ich offenbar gut. Es ist auch eine Dreiteilung gewesen, die den Referaten der

Fraktionschefs und der Fraktionssprecher zugrundegelegt hat.

Zuerst Bereich Energieeffizienz, Zielvorstellung gewissermassen Nummer eins: Der Stromverbrauch im Kanton Graubünden. Der Stromverbrauch, er soll auch in Zukunft die Marke von 2'000 Gigawattstunden pro Jahr nicht übersteigen. Der heutige Verbrauch von 2'000 Gigawattstunden soll also erhalten werden, dies trotz verschiedener Faktoren, die zusätzlichen Stromverbrauch auslösen. Es ist darauf hingewiesen worden: Bevölkerungswachstum, Wirtschaftswachstum, Zunahme des öffentlichen Verkehrs wie beispielsweise bei der RhB die Einführung eines Halbstundentakts, Zunahme der Elektromobilität und Einsatz von Hausinstallationen wie beispielsweise Wärmepumpen als Folge der Substitution von fossilen Energieträgern. Nur eine Nebenbemerkung: Es mag wenig ambitioniert klingen, den Stromkonsum einfrieren zu wollen. Wir haben tatsächlich aber ein Stromkonsumwachstum zu verzeichnen. Im Jahre 2010 beispielsweise vier Prozent in der Schweiz, was dem ganzen Stromverbrauch des Kantons Graubünden entspricht. 2'000 Gigawattstunden, unser Verbrauch des Stroms entspricht beispielsweise allen Kraftwerken zwischen Reichenau und dem Oberalppass mit zehn grösseren Kraftwerken und elf kleineren Wasserkraftwerken.

Eine zweite Zielsetzung für die Energieeffizienz: Der Verbrauch fossiler Energien für die Beheizung von Gebäuden und für die Warmwassererzeugung. Dieser Verbrauch wird bis zum Jahr 2035 für alle Wohnbauten um 25 Prozent reduziert und zusätzlich um 40 Prozent mit erneuerbaren Energien substituiert, dies auf dem Referenzjahr 2008. Es sind dies die Reduktions- und Substitutionsziele gemäss neuem Bündner Energiegesetz. An diesen soll festgehalten werden.

Die dritte Zielvorstellung mit Blick auf Energieeffizienz: Die Bauten im kantonalen Immobilienportefeuille, sie zeichnen sich durch eine vorbildliche Energienutzung aus, gemessen nach jeweils aktuellen technologischen Massstäben.

Die Zielvorstellungen zur Stromproduktion, eine erste Zielvorstellung: Die Grosswasserkraft in Graubünden, sie erhöht ihren Beitrag an die Stromproduktion bis ins Jahr 2035 um zusätzliche 900 Gigawattstunden, d.h. sie wird gesteigert gegenüber heute um rund zehn Prozent. 900 Gigawattstunden ist mehr als die heutige Produktion der Kraftwerke Vorderrhein und es entspricht in etwa dem neunfachen der Produktion eines Jahres des Kraftwerkes Reichenau, bei dem Sie vorbeifahren, wenn Sie von Chur Richtung Reichenau fahren beim Emser Kirchenhügel.

Die zweite Zielvorstellung zur Stromproduktion: Die neuen erneuerbaren Energien und die Kleinwasserkraft bis zehn Megawatt installierter Leistung in unserem Kanton, sie produzieren bis ins Jahr 2035 zusätzlich 550 Gigawattstunden Strom. Damit Sie eine Vergleichsvorstellung haben: Der allfällige Windpark Lugnez mit 40 Windkraftanlagen würde ungefähr 200 Gigawattstunden Strom produzieren. Es bräuchte dann noch rund 300, 400 weitere Gigawattstunden. Wenn wir das mit Photovoltaikanlagen produzieren würden, bräuchte dies vier

Millionen Kubikmeter Photovoltaikanlage oder 700 Fussballfelder Photovoltaikanlagen.

Die dritte Zielvorstellung: Kleinwasserkraftwerke mit einer installierten Leistung unter einem Megawatt und andere Produktionsanlagen für erneuerbare Energien, diese Anlagen sind zu realisieren dann, wenn das Verhältnis zwischen dem energetischen Nutzen einerseits und dem Eingriff in die Landschaft oder in die Ökologie andererseits den Bau und den Betrieb von solchen Anlagen rechtfertigt. Es soll mit anderen Worten in Graubünden diesbezüglich ein Ökologiefilter gelten. Eine Nebenbemerkung: Untersuchungen in einem Bericht von Grossrat Jürg Kappeler, der da den Auftrag bekommen hat unseres Departements. Dieser Bericht belegt, dass z.B. bei der Kleinwasserkraft 20 Prozent der grösseren Kleinwasserkraftwerke 80 Prozent der Produktion ausmachen.

Die vierte Zielvorstellung im Bereich der Stromproduktion, die Kosten der Netznutzung, die in Graubünden heute sehr unterschiedlich hoch sind: Sie werden möglichst ausgeglichen. Der Unterschied soll nicht mehr als 20 Prozent betragen. Damit Sie die Ausgangslage dieser Zielvorstellung kennen: Das Minimum beim Netznutzungstarif für einen Haushalt mit fünf Zimmern plus gewissen Zusatzgeräten liegt bei 1,81 Rappen pro Kilowattstunde, das Maximum hingegen bei 17,21 Rappen pro Kilowattstunde. Das Maximum gegenüber dem Minimum, es differiert um satte 950 Prozent.

Zum dritten Bereich Heimfall. Eine erste Zielvorstellung: Der Kanton und die Gemeinden, sie nutzen gemeinsam Neukonzessionierungen und den Ablauf von Wasserrechtskonzessionen, um die Wertschöpfung für Graubünden gegenüber heute erheblich zu steigern. Und sie sind sich insbesondere auch einig darüber, worin die zu erzielende Wertschöpfung konkret denn auch bestehen soll.

Um diese acht Zielsetzungen etwas zu unterstützen, plausibilisieren zu können, möchte ich auf Aktionen, auf Massnahmen, hinweisen, die als denkbare Stossrichtungen angedacht sind.

Wiederum zuerst zum Bereich Energieeffizienz. Eine erste Stossrichtung, die denkbar ist: Die Reduktions- und Substitutionsziele gemäss dem Bündner Energiegesetz, es ist darauf hingewiesen worden, das ist sehr neu, erst gerade am 1.1.2011 in Kraft getreten, diese Reduktions- und Substitutionsziele, sie sind mit dem bestehenden neuen Massnahmenmix von Vorschriften und Anreizen umzusetzen. In der Verantwortung von Parlament und Regierung liegt es, die dafür notwendigen Mittel im Budget dann letztlich auch bereit zu stellen.

Die zweite Stossrichtung: Die Regierung nutzt ihren Ermessensspielraum, der ihr gemäss Bündner Energiegesetz eingeräumt worden ist, um mit innovativen, konkreten Einzelmassnahmen die gesetzlichen Reduktions- und Substitutionsziele zusätzlich unterstützen zu können. Zu denken ist dabei an Pilot- und Demonstrationsanlagen, wie gemäss heutigem Bündner Energiegesetz bereits legifert, auch aber etwas innovativer tätig zu werden, den Fächer hier weiter zu öffnen. Ein Beispiel hat der Fraktionschef der CVP erwähnt, Förderung von Ersatzneubauten oder, wie es in anderem Zusammenhang auch

schon geheissen hat in unserem nördlichen Nachbarland, Abbruchprämien oder Abwrackprämien zu bezahlen.

Eine dritte Stossrichtung im Bereich Energieeffizienz: Die kantonale Immobilienstrategie aus dem Jahr 2009, welche die Bildung von neun regionalen Verwaltungszentren verteilt auf das Kantonsgebiet vorsieht, diese Immobilienstrategie, sie wird auch als Energieeffizienzstrategie verstanden und entsprechend umgesetzt. In der Verantwortung von Parlament und Regierung, und im Falle des Verwaltungszentrums sinergia in Chur, bei der Bündner Bevölkerung liegt es dann, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Die Stossrichtungen zum Bereich Stromproduktion: Beim Ausbau der Wasserkraft gilt eine klare Prioritätenordnung. In erster Priorität sind die bestehenden Wasserkraftwerke zu optimieren. In einer zweiten Priorität sind die bestehenden Wasserkraftwerke auszubauen, Stichwort: Vielleicht das Stauvolumen erhöhen, um mehr Wasser stauen zu können und dann mehr Wasser turbinieren zu können. Die dritte Priorität sind neue Grosswasserkraftwerke und neue Kleinwasserkraftwerke mit über ein Megawatt installierter Leistung. Diese sind dann neu zu bauen.

Die zweite Stossrichtung zur Stromproduktion: Beim Zubau von kleinen Kleinwasserkraftwerken unter ein Megawatt installierter Leistung und bei der Nutzung der übrigen Energieträger, die für die Produktion KEV Subventionen bekommen, für diesen Zubau von Anlagen werden gezielt jene Anlagen bevorzugt, die energetisch wertvoll und landschaftlich und ökologisch wenig belastend sind. Es gelten Grundsätze: „Lieber eine grosse Anlage als viele ganz kleine“, „lieber eine Anlage in einem bereits belasteten Gebiet als eine in einer unberührten Naturlandschaft“.

Die dritte Stossrichtung: Der Bau von Windparks verspricht mittelfristig und der Zubau von grossflächigen Photovoltaikanlagen längerfristig ein besonderes Potenzial, um die Anteile von neuen erneuerbaren Energieträgern am Produktionsmix markant zu erhöhen. Sie sind daher entsprechend zu unterstützen. Um die finanziellen Herausforderungen von solchen kommerziellen Grossanlagen zu meistern, ist auf die KEV Förderung des Bundes abzustellen.

Die vierte Stossrichtung zur Produktion: Wasserkraftprojekte und Grossprojekte für andere erneuerbare Energieträger, solche Anlagen sind, wenn sie in eidgenössisch geschützten Gebieten wie beispielsweise die Greinaebene oder Frisal zu stehen kommen sollen, im Grundsatz kein Thema. Allerdings, und dies unter dem Aspekt eines „moderaten“ Ausbaus der Wasserkraft – dieser Begriff ist vom Bundesamt für Energie geprägt – sind Ausnahmen und Lösungen zu prüfen, wenn der energetische Nutzen besonders hoch und wenn eine Belastung oder Bereinigung des Schutzperimeters zumutbar geringfügig ist.

Die fünfte Stossrichtung: Die Restwassersanierung gemäss Gewässerschutzgesetz aus dem Jahr 1991, mehrfach angesprochen worden von den Fraktionssprechern, sie ist nach der Meinung der Regierung fristgerecht bis 31. Dezember 2012 umzusetzen und die neuen Aufgaben aus dem Gewässerschutzgesetz, die uns per 1.1.2011 begleiten, sind fristgerecht zu planen und ebenfalls um-

zusetzen. Der Sicherung eines hohen energetischen Nutzens, dies als zweites Aber, der Sicherung eines hohen energetischen Nutzens, ist unter dem Aspekt eines moderaten Ausbaus bei der Wasserkraft besonders Sorge zu tragen.

Zum Bereich Heimfall, erste Stossrichtung: Der Kanton und die Gemeinden, sie koordinieren ihre Verhandlungen bei Neukonzessionierungen und Heimfällen von Wasserrechtskonzessionen partnerschaftlich und von Beginn der Verhandlungen an. Sie legen die zu erzielenden Beiträge an eine Steigerung der Wertschöpfung aus der Wasserrechtsverleihung unter der fachlichen Leitung des Kantons gemeinsam fest.

Zweite Stossrichtung zum Heimfall: Bei Neukonzessionierungen werden Unternehmen gezielt bevorzugt, die bereit sind, nachhaltig zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Wertschöpfung in Graubünden beizutragen. Aus der Sicht des Kantons besonders wertvoll sind die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und das Steuersubstrat in den Gemeinden und im Kanton.

Nach diesen Zielvorstellungen und Stossrichtungen, die naturgemäss nur einen Teil des Gebietes abdecken können, möchte ich einen Einschub machen zur heutigen Energiepolitik. Der Kanton Graubünden gehört heute im Bereich Energie zu den im Schweizerischen Vergleich fortschrittlichen Kantonen. Geprägt hat diese Politik jemand anderes als ich, mein Amtsvorgänger Stefan Engler, der langjährig zugleich auch Präsident der Schweizerischen Energiedirektorenkonferenz gewesen ist.

Die Eckpunkte sind ungefähr die Folgenden, die Fraktionssprecher haben auch darauf hingewiesen, es ist der Wert sie etwas breiter auszuführen: Der Grosse Rat hat in der Aprilsession 2010 ein modernes zielorientiertes Energiegesetz verabschiedet, das effektiv vorbildlich ist für Schweizer Massstäbe.

Fortschrittlich sind insbesondere die Zieldefinitionen in Artikel 3. Formuliert werden als Erstes Reduktionsziele, ich habe darauf hingewiesen bei den Zielvorstellungen: Neubauten müssen einen hohen energetischen Standard erfüllen, dies als Ziel, der im Zeitablauf dann 2015, 2020 und 2035 mit einem rigiden Absenkpfad weiter verschärft wird. Das ist ein Effizienzziel. Als Zweites: Substitutionsziele sind ebenfalls im Bündner Energiegesetz festgeschrieben. Alle Wohnbauten, als Beispiel, müssen fossile Energien zunehmend durch erneuerbare Energieträger ersetzen. Auch hierfür gilt ein Absenkpfad im Zeitablauf für die Jahre 2015, 2020, 2035. Im Visier steht hier natürlich vor allem die CO₂-Problematik.

Besonders bemerkenswert und fortschrittlich im Bündner Energiegesetz ist auch die Regelung, wonach die Regierung für die Erreichung der Ziele zu sorgen hat, sie muss sich aktiv einbringen und dass die Regierung anhand von Energiekonzepten die erforderlichen Massnahmen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu bezeichnen hat. Und auch fortschrittlich ist, dass auch die so genannten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, die MuKE im neuen Bündner Energiegesetz übernommen worden sind und dass damit die Energieeffizienz vor allem im Bereich von Umbauten ganz wesentlich verbessert worden ist.

Auf der Basis dieses neuen Bündner Energiegesetzes investiert der Kanton Graubünden viel Geld in die Energieeffizienz. Für das Jahr 2011 sind im Budget insgesamt neun Millionen Franken zur Verfügung gestellt worden. Es werden damit Gesamtsanierungen und haustechnische Anlagen wie z.B. Solaranlagen, thermische Anlagen, Wärmepumpen, Holzheizungen gefördert. Das Bündner Energiegesetz ermöglicht aber auch Energiesparaktionen. Sie sind zum Teil kritisiert worden vom Sprecher der Freien Fraktion. Eine beginnt am 1. September 2011, also morgen und dauert bis zum 31. Januar 2012. Sie zielt darauf ab, dass alte ineffiziente Haushaltgeräte und Hausinstallationen ersetzt werden durch neue energieeffiziente, energiesparende Geräte und Installationen. Gestützt auf das Energiegesetz ist es weiter auch möglich, Pilot- und Demonstrationsanlagen sowie Studien zu unterstützen. Profit daraus haben in der Vergangenheit schon einige gezogen, nicht nur die Anlagen und diejenigen, die von den Anlagen direkt profitieren, sondern auch Personen, die hier im Rat sind und solche Investitionen gewissermassen verkörpern: Die Demowindkraftanlage in Chur mit Grossrat Josias Gasser, die Erdwärme-Erkundungsbohrung in Davos mit Landammann Hans Peter Michel, der Solarskilift in Tenna mit dem Safier Grossrat Daniel Buchli oder auch die LED-Strassenbeleuchtung in der Gemeinde Igis mit Grossrat Andreas Thöny.

Weitere Massnahmen sind selbstverständlich unter dem bisherigen Verständnis einer guten Energiepolitik auch an Hand genommen worden, die sich nicht nur auf das Bündner Energiegesetz abstützen lassen. Ich möchte daran erinnern, wo der Kanton auch gefördert hat: Beispielsweise beim Bau des Fernwärmeversorgungsnetzes KVA Trimmi - Chur Nord mit 3,7 Millionen Franken, mitgetragen, mitvertreten, mitgeleitet durch die Grossräte Ernst Casty und Hans Geisseler. Das war auch ein Beitrag an die Substitution von Erdöl und Erdgas in grossen kantonseigenen Liegenschaften wie beispielsweise die Klinik Waldhaus, das Kantonsspital, die Kantonsschule samt Sportanlagen. Auch unterstützt worden ist die Erdgasleitung von Balzers nach Chur bis Domat/Ems, und zwar mit der stolzen Summe von drei Millionen Franken. Und schon seit 1994, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, fördert der Kanton Graubünden im Übrigen umfassende Gebäudesanierungen, jahrelang als einziger Kanton in der Schweiz.

Der Kanton mit seiner Bevölkerung haben sich in den vergangenen Jahren auch ganz generell als energiepolitisch sensibel erwiesen. Dies zeigen beispielhaft die Erhebungen darüber, wie die Mittel aus dem eidgenössischen Gebäudeprogramm der Kantone und des Bundes eingesetzt werden. Wir müssen uns dabei nicht verstecken: Platz drei bei den Bundesmitteln pro Einwohner, Franken pro Einwohner; Platz vier bei der energetischen Wirkung der direkten Massnahmen über deren Lebensdauer pro Einwohner, sprich Kilowattstunde pro Einwohner; Platz fünf bei den ausbezahlten Förderbeiträgen, Franken pro Einwohner.

Und hinzu kommt, dass der Kanton auch im Bereich der Stromerzeugungsanlagen in den vergangenen Jahren seine Aufgabe unter der Federführung des Amtes für Energie und Verkehr schon mehr als nur erfüllt hat. Zu

denken ist beispielhaft an die Bewilligungsverfahren im Zusammenhang mit der Wasserkraft. Aber auch im Zusammenhang mit Stromproduktionsanlagen für neue erneuerbare Energien. Der Kanton ist dabei nicht nur formaler Abwickler, sondern in ganz wesentlichen Teilen auch intensiv beratend tätig und bei Grossprojekten sogar auch projektbegleitend aktiv. Ich möchte Beispiele nennen: In den letzten fünf Jahren haben wir sechs neue oder erneuerte mittelgrosse Wasserkraftwerke betreut, die in Betrieb gegangen sind. Acht solche Werke sind zur Zeit im Bau, sieben Werke befinden sich im Genehmigungsverfahren und weitere solche Werke in der Vorprojektierungsphase. Besondere Erwähnung verdient natürlich das Pumpspeicherwerkprojekt Lago Bianco der Repower. Der Kanton hat dieses von Beginn weg, somit über Jahre schon, begleitet und er wird dies auch weiter tun. Ein Beispiel möchte ich nicht unterschlagen auch mit Blick auf die neuen erneuerbaren Energien: Photovoltaikanlagen. 2006 wurden damit noch 1,3 Gigawattstunden Strom produziert, im 2009 sind Anlagen bewilligt worden, die neu eine Stromproduktion pro Jahr von 3,1 Gigawattstunden zulassen.

Diese Ausführungen, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, zeigen, dass der Kanton Graubünden im Bereich Energie zu den aktiven Kantonen gehört und nach meiner persönlichen Überzeugung auch zu jenen Kantonen gehört, die auf qualifizierte und teils sogar schweizweit beachtete Fachleute zählen dürfen. Ich möchte deshalb in diese Ausführungen auch einbinden einen Dank an meine Mitarbeitenden.

Ein anderer Punkt: Die Energiestrategie 2050 des Bundes. Ich möchte mich beschränken auf einen Teilaspekt, den Fokus Stromproduktion. Am 10. Januar 2000 hat die Regierung das letzte Mal energiepolitische Ziele definiert gehabt. Aufgrund von verschiedenen zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen, die Fraktionssprecher haben darauf hingewiesen, aufgrund dieser verschiedenen zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen sind diese energiepolitischen Ziele selbstverständlich jetzt zu überprüfen und in Teilen auch neu zu fassen. Darüber dürfte Konsens bestehen. Allerdings muss man das Umfeld auch mitberücksichtigen und wissen, sich vor Augen halten, dass wir Teil des Ganzen, dass wir Teil der Eidgenossenschaft sind und somit eingebettet sind in die Energiestrategie des Bundesrats, welche er am 25. Mai 2011 angedacht und welche im Juni 2011 im Nationalrat grundsätzlich bekräftigt worden ist.

Stossrichtungen sind für Graubünden vier relevant: Eine Erste: Man soll Einsparungen erzielen, in Energieeffizienz investieren. Zweitens: Man soll die Wasserkraft ausbauen und die neuen erneuerbaren Energien. Drittens: Wenn nötig, soll auf fossile Stromproduktionen ausgewichen werden, vor allem Wärmekraftkoppelungsanlagen und Gas-Kombikraftwerke. Und der vierte Aspekt: Stromimporte aus dem Ausland.

Es ist im Bündner Parlament nicht der Ort, die Bundesstrategie im Einzelnen zu bewerten. Entscheidend zu wissen ist allerdings, dass wir in Graubünden ganz gewiss Teil des Entscheiders der Schweizer Energiewende sind, und ein ganz bedeutender noch dazu. Und welches konkrete Ende die Diskussionen in Bundesbern dann auch einmal nehmen wird: Die Bündner Herausforde-

rungen, sie sind für uns heute schon erkennbar und sie sind anspruchsvoll. Besonders betreffen uns Grundlagenentscheide darüber, dass Energie noch intensiver gespart werden muss, dass die Produktion aus Wasserkraft ausgebaut werden muss, dass die Produktion von Strom aus neuen erneuerbaren Energien ausgebaut werden muss.

Im Nationalrat ist in der Junisession all dies unbestritten geblieben und insbesondere auch nochmal unterstrichen worden, dass die Stromproduktion aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Geothermie, Biomasse zukünftig massiv ausgebaut werden müsse und, mit Blick auf den Kanton Graubünden ganz bedeutend, dass das Ausbauziel für die Wasserkraft in der Schweiz von bisher 2'000 Gigawattstunden im Energiegesetz neu für das Jahr 2030 auf 5'000 Gigawattstunden angehoben werden muss. Es stellt sich also die Frage, wie wir ganz konkret hier eingebettet sind und einen Beitrag leisten können. Graubünden ist als wasserreicher und flächengrösster Kanton gefordert, mindestens einen Fünftel des schweizweit zusätzlich aus Wasserkraft zu produzierenden Stroms zu liefern. Ich habe eingangs die Zielvorstellung erwähnt. Wir wollen plus 900 Gigawattstunden pro Jahr aus Grosswasserkraftanlagen produzieren. Berechnungen unseres Amtes für Energie und Verkehr haben ergeben, dass dies grundsätzlich möglich ist. Neben den bekannten Projekten Fließwasserkraftwerk Clus, Landquart, und Überleitung Lugnez der KWZ besteht namentlich auch ein Potenzial durch Grosskraftwerke, die im Zuge der Umsetzung der neuen Aufgaben im Gewässerschutz gleichzeitig auch das Schwall-Sunk-Problem reduzieren helfen. Experten denken dabei namentlich an Wasserkraftwerke auf der Gewässerstrecke Sils-Reichenau, Ilanz-Reichenau und Ems-Mastrils.

Die Stromproduktion aus den anderen erneuerbaren Energien ist aufgrund der neuen Strategie des Bundesrats auch markant zu steigern. Unsere Zielvorstellung, ich habe sie erwähnt, liegt bei 550 Gigawattstunden zusätzliche Stromproduktion bis ins Jahr 2035. Auch diese Zielvorstellung zu den neuen erneuerbaren Energien und zur Kleinwasserkraft ist nicht aus der Luft gegriffen. Sie basiert auf den Zwischenergebnissen aus einer Potenzialanalyse, die, wie schon erwähnt, Grossrat Jürg Kappeler im Auftrag von Departement und Amt für Energie und Verkehr verfasst hat. Sie wird voraussichtlich noch in diesem Jahr der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Damit diese hochgesteckten Ziele erreicht werden können, müssen Gemeinden und Kanton die Rahmenbedingungen letztlich so gestalten, dass Projekte schnell, effizient und effektiv realisiert werden können.

Ich komme – vielleicht nicht so bedauerlich für die meisten, weil ich schon lange rede, aber bedauerlich in der Sache, weil man vieles nicht ansprechen kann – zum Schluss. Die Regierung ist bereit, aufgrund der veränderten Ausgangslage die Energiepolitik und insbesondere auch die Strompolitik einer neuen Sichtung und Gewichtung zu unterziehen. Aufgrund unserer bisher getroffenen Vorarbeiten sind wir überzeugt, im Bereich Energie mit der aktuellen Gesetzgebung, insbesondere mit dem neuen Bündner Energiegesetz vom 1.1.2011, gut aufgestellt und gut gerüstet zu sein. Im Bereich Strom sind wir

überzeugt, dass wir die an uns durch die Bundespolitik gerichteten Erwartungen erreichen und insbesondere auch ein Ausbaupotenzial in die eidgenössische Energiewende mit einbringen können. Wir werden uns allerdings bei der Debatte zum Strombericht im Sinne des Auftrags Heiz politisch darüber noch vertieft zu einigen haben, wie die Produktionsmenge ganz konkret anzustreben ist und wie der Strommix ganz konkret letztlich aussehen soll. Und wir sind überzeugt, auch im Bereich Heimfall letztlich günstige Voraussetzungen zu haben und zum heutigen Zeitpunkt insbesondere auch noch die erforderliche Zeit zu haben, um uns auf eine politische Strategie festzulegen, die sowohl den Interessen der Gemeinden als Träger der Gewässerhoheit als auch dem Kanton als Vertreter der Bündnerischen Gesamtinteressen gerecht wird. Dies wird dann ein bedeutender Diskussionsgegenstand sein bei der Behandlung des Berichtes Augustin.

Damit möchte ich meine Ausführungen schliessen und nicht konkret zu einzelnen Vorbringen der Fraktionssprecher Stellung nehmen.

Standespräsident Bleiker: Besten Dank Herr Regierungsrat. Damit ist die Eintretensdebatte in diesem Sinne geschlossen und wir kommen zu der Abarbeitung der insgesamt 16 Vorstösse zum Thema Energie. Gemäss Beschluss der Präsidentenkonferenz sind diese gegliedert in Strategie, Energieträger und Effizienz. Der erste Vorstoss ist der Fraktionsauftrag der BDP betreffend Durchführung einer Sondersession zur Energiezukunft Graubündens.

Fraktionsauftrag BDP betreffend Durchführung einer Sondersession zur Energiezukunft Graubündens (Erstunterzeichner Felix) (Wortlaut Aprilprotokoll 2011, S. 670)

Antwort der Regierung

Nach den folgenschweren Ereignissen in Japan wurden im Grossen Rat in der Aprilsession 2011 insgesamt 15 parlamentarische Vorstösse zum Thema Energie eingereicht. Wie im vorliegenden Auftrag zutreffend festgehalten wird, zielen dabei die entsprechenden Aufträge und Anfragen in verschiedene, sich teilweise widersprechende Richtungen. Angesichts der Bedeutung dieses Themas macht es deshalb auch für die Regierung Sinn, diese Vorstösse in einen Gesamtrahmen zu stellen und - in Kenntnis der Szenarien und Ergebnisse der ausserordentlichen Energiedebatte der Eidgenössischen Räte - gebündelt zu behandeln.

Nachdem die Präsidentenkonferenz gestützt auf Art. 11 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO; BR 170.140) beschlossen hat, im Rahmen der Augustsession 2011 eine Energie-Sondersitzung durchzuführen, ist das Anliegen des Auftrags im Sinne der Unterzeichner als erfüllt zu betrachten und somit gegenstandslos. Der Antrag ist zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Standespräsident Bleiker: Die Regierung ist bereit, diesen Auftrag entgegenzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Es findet daher nicht automatisch eine Diskussion statt. Wird Diskussion verlangt? Das ist nicht der Fall. In diesem Fall stimmen wir gleich ab. Wer bereit ist, diesen Auftrag entgegenzunehmen und abzuschreiben möge sich bitte erheben. Wer diesen Auftrag nicht überweisen möchte, möge sich erheben. Der Auftrag ist damit mit 103 zu null Stimmen überwiesen worden.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag unter gleichzeitiger Abschreibung desselben mit 103 zu 0 Stimmen.

Standespräsident Bleiker: Der nächste Auftrag ist der Fraktionsauftrag der SP betreffend Einberufung einer Bündner Energiekonferenz. Die Regierung lehnt diesen Auftrag ab. Daher findet Diskussion statt. Grossrat Thöny.

Fraktionsauftrag SP betreffend Einberufung einer Bündner Energiekonferenz (Erstunterzeichner Thöny) (Wortlaut Aprilprotokoll 2011, S. 661)

Antwort der Regierung:

Die Unterzeichnenden fordern die Regierung auf, eine Bündner Energiekonferenz aus Vertretern der genannten Bereiche zu institutionalisieren, um eine möglichst tragfähige Strategie für eine gesicherte Energiezukunft unseres Kantons mit erneuerbaren Ressourcen zu entwickeln. Es darf als unbestritten vorausgesetzt werden, dass die tragischen Ereignisse in Fukushima/Japan weitreichende Folgen auch für die Energiepolitik Graubündens haben, nachdem der Bundesrat kürzlich u. a. beschlossen hat, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen und auf den Umbau des heutigen Energiesystems in der Schweiz zu setzen. In diesem Zusammenhang kommt deshalb die Forderung der Unterzeichnenden nicht überraschend. Gleichwohl erachtet es die Regierung als nicht sinnvoll und zweckmässig, eine solche Energiekonferenz ins Leben zu rufen.

In ihrer Antwort auf den Auftrag Heiz (RB vom 29. März 2011, Prot. Nr. 275) hat die Regierung ausgeführt, dass sich das Umfeld und die Herausforderungen in der bündnerischen Strompolitik seit dem Jahre 2000 und namentlich auch nach der Katastrophe in Japan wesentlich verändert haben. Sie hat sich deshalb bereit erklärt, eine breite Auslegeordnung und eine erneute Standortbestimmung mit Bezug auf die Energiepolitik Graubündens vorzunehmen und dem Grossen Rat in Bälde einen entsprechenden Bericht zu unterbreiten. Damit soll das Parlament Gelegenheit erhalten, die sich für eine gesicherte Energiezukunft unseres Kantons ergebenden grundsätzlichen Fragen einlässlich zu diskutieren und daraus die für richtig erachteten Strategien abzuleiten und festzulegen.

Die Einrichtung eines eigenständigen Gremiums in Form einer "Bündner Energiekonferenz" zusätzlich zum Grossen Rat und zu den ständigen parlamentarischen Kom-

missionen birgt das Risiko kontroverser Ergebnisse in sich, die den angestrebten Konsens bei der staatlichen Aufgabenerfüllung verunmöglichen könnten. Zudem ist nicht ersichtlich, mit welchen Aufgaben, Kompetenzen und Pflichten eine solche Konferenz ausgestattet werden sollte und wo die Schnittstelle zur politischen Arbeit von Regierung und Parlament gezogen werden müsste. Die Rollen der Politik, der Wirtschaft und weiterer Interessengruppierungen sind auch beim wichtigen Thema Energie klar auseinander zu halten. Dem Grossen Rat steht es jederzeit frei, durch die bestehenden Instrumente - wie etwa durch die politische Planung und durch Absichtserklärungen, durch eigene Beschlüsse sowie durch Vorstösse und Anträge aus seiner Mitte - die Diskussion bezüglich der Stossrichtungen und Schwerpunkte auch im Energiebereich zu verlangen und zu führen, und dabei auch allfällige Anliegen und Bedürfnisse der angesprochenen Gruppierungen aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Umwelt anzusprechen bzw. einzubringen. Mit der Einberufung einer "Energiekonferenz" besteht die Gefahr, dass teilweise überlagernde Strukturen geschaffen würden, ohne dass dadurch ein zusätzlicher Nutzen entsteht.

Aus den dargelegten Gründen lehnt die Regierung den Auftrag ab.

Thöny: Ich bin gerade ein bisschen angetan über den Schwung, den Regierungsrat Cavigelli in seinem Votum angestossen hat und ich hoffe, der hält auch mindestens bis zu den nächsten Vorstössen noch an. Aber schon jetzt besteht für Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, erstmals die Möglichkeit, den Tatbeweis zu erbringen, dass es Ihnen ernst ist in der Energiewende. Nun zum Vorstoss: Die Regierung erachtet die Einberufung einer Bündner Energiekonferenz als nicht sinnvoll und zweckmässig. Sie begründet diese Haltung mit zahlreichen Argumenten. Ich möchte diesen in drei Blöcken entgegenreten und es Ihnen, meine Damen und Herren, erleichtern, diesen zentralen Auftrag zur Einberufung einer Bündner Energiekonferenz zuzustimmen. Vorweg müssen Sie sich, Regierungsrat Cavigelli, aber den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie auf unseren Auftrag etwas unbeholfen reagiert haben. Er kommt mehr als hölzern daher und die Argumente sind reichlich gesucht. Weiter widersprechen Sie den Antworten, die Sie bei anderen Vorstössen auch geführt haben. Da ich von der Qualität der Mitarbeitenden in Ihrem Departement überzeugt bin, bekomme ich den Verdacht nicht los, dass Sie einfach keine Energiekonferenz wollen. Schade. Denn eine solche kann zweifelsohne einen unschätzbaren Beitrag auf dem Weg zur Energiewende leisten. Dann nämlich, wenn sie richtig bestückt und richtig organisiert ist.

Ich möchte Ihnen nun folgend aufzeigen, wie das aussehen könnte. Ich tue das in den angekündigten drei Blöcken. Als erstes führen Sie in Ihrer Antwort auf, dass eine Energiekonferenz das Risiko in sich birgt, kontroverse Ergebnisse zu liefern. Kontroverse Ergebnisse, die den angestrebten Konsens bei der staatlichen Aufgabenerfüllung verunmöglichen können. Wo ist denn der Konsens Herr Regierungsrat? Warum sind 16 Vorstösse zur Energiedebatte verschiedenster Art eingereicht worden? Warum soll ein Bericht ausgearbeitet werden? Ich sage

es Ihnen. Es gibt noch gar keinen Konsens. Ausser dem, dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen will und dass die Klimaerwärmung gestoppt werden muss. Wir sind mitten im Prozess der Entscheidungsfindung, wie wir dort hin wollen. Alle Sichtweisen und Positionen sind deshalb zu sammeln und zusammenzuführen. Auch Sichtweisen von Gruppierungen und Organisationen aus unserer Gesellschaft, die im Parlament gar nicht vertreten sind. Eine breit gefächerte Bündner Energiekonferenz mit Exponenten aus Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, Politik, Forschung, Kirche und weiteren. In der jetzigen Phase muss sogar kontrovers diskutiert werden. Daraus soll sich dann ein Konsens entwickeln, der von möglichst vielen getragen werden kann. Da können Sie aber relevante Gruppierungen nicht nur mit einer allfälligen schriftlichen Stellungnahme dann abspeisen. Es braucht den Prozess in Form eines Dialogs. Eine Bündner Energiekonferenz könnte diese Plattform bieten. Ja sie wäre geradezu ideal.

Zweitens: Sie bemängeln in Ihrer Antwort, dass die Aufgaben, Kompetenzen und Pflichten einer solchen Energiekonferenz nicht ersichtlich seien. Wir haben im Auftrag zumindest eine Aufgabe festgehalten, sie lautet: Einen möglichst breiten Konsens zur Erarbeitung einer Strategie für eine gesicherte Energiezukunft Graubündens mit erneuerbaren Ressourcen entwickeln. Aufgrund dieses Vorschlags kann man unschwer erkennen, dass es sich nicht um ein Gremium mit grossen Kompetenzen handelt. Mehr um ein Gremium, das Empfehlungen aus einer 360-Grad-Optik abgibt. Die Bündner Energiekonferenz soll auch nicht ein dauerhaftes Organ sein, sondern jetzt im Strategieerarbeitungsprozess einbezogen sein und nachher auch wieder aufgelöst werden. Ich gebe Ihnen gerne ein Beispiel, wie wir uns das vorstellen. Die Deutsche Regierung hat im Zusammenhang mit dem geplanten AKW-Ausstieg auch einen gesellschaftlichen Konsens über die Zukunft der AKW-Politik gewünscht. Daher hat sie eine Kommission, den sogenannten Rat der Weisen ins Leben gerufen. Es handelte sich dabei um eine sogenannte Reflektionsgruppe. Diese hatte die Aufgabe, Risiken und Chancen zu bewerten und einzuordnen und zwar Risiken und Chancen aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Sicht. Am Schluss sollte eine Empfehlung resultieren. Wir kennen diese. So stellen wir uns die Diskussion zur Energiewende in Graubünden vor. Kompetent, breit abgestützt und unbefangen. Die Empfehlungen könnten ohne weiteres im Bericht, den Kollege Heiz und viele andere fordern, einfließen.

Drittens: Die Regierung sorgt sich um die Frage der Schnittstellen zur politischen Arbeit und möchte die Rollen von Politik, Wirtschaft und weiteren Interessengruppierungen beim Thema Energie auseinanderhalten. Dem ist nichts entgegen zu setzen. Und es ist auch einfach, das zu gewährleisten. Dann nämlich, wenn eine Bündner Energiekonferenz mit einer klaren Aufgabenstellung und mit entsprechend definierten Kompetenzen installiert wird. Diese Sorge um die Schnittstellen widerspricht übrigens, Herr Regierungsrat, diametral dem, was in Ihrer Antwort auf den Vorstoss Energiefonds geschrieben haben. Dort schreiben Sie nämlich, ich zitiere: „Die zukünftigen Herausforderungen in den Bereichen

Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Cleantech sind in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten anzugehen.“ Zitat Ende. Sehen Sie, es geht doch. Zusammenarbeit ist die Basis einer Lösungsfindung. Übrigens macht das der Kanton schon seit 1996 im Wirtschaftsforum Graubünden. Dort sitzt er zusammen mit Organisationen der Wirtschaft. Die Aufgabe ist die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Entwicklungen und ihren Auswirkungen auf Graubünden. Es sollen Probleme und deren Ursachen analysiert, Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, Massnahmen vorgeschlagen und deren Umsetzung gefördert und begleitet werden. So steht es in den Unterlagen des Wirtschaftsforums. Hier sehen Sie, mein sehr verehrter Herr Regierungsrat, auch keine Schnittstellenproblematik. Hier haben Sie die Aufgaben, Kompetenzen und Pflichten auch geregelt. Und hier gibt es auch kontroverse Ergebnisse, wie wir letzte Woche lesen konnten. Kurzum, tun Sie sich nicht so schwer mit der Installation einer Denkgruppe Bündner Energiekonferenz. Sie soll nicht als Feind und Eindringling betrachtet werden, sondern als eine von uns eingesetzte und von der Regierung weise bestückte Denkstation. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, verhelfen Sie mit der Überweisung unseres Auftrags der Erarbeitung der Bündner Energiestrategie zu einem hilfreichen Instrument. Die Energiefrage ist zu wichtig, um eine solche Chance zu verpassen.

Clavadetscher: In der Kantonsverfassung ist die Versorgung des Kantons mit Energie sicherzustellen eine ureigenste Aufgabe dieses Parlaments, der Regierung und der Verwaltung. In der Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie sind alle die Bereiche, die Sie im Vorstoss genannt haben, bereits vertreten und in diesem Parlament sitzen eigentlich sowieso alles Energieexperten inzwischen. Die Realität bei den erneuerbaren Energien ist bereits zu weit fortgeschritten. Die ist viel weiter als man denkt. Eine akademische Diskussion über Energie ist unnötig. Denn die Möglichkeiten und Fakten sind bekannt. Jetzt sind Leute gefragt, die die vorhandenen Lösungsmöglichkeiten in die Realität umsetzen. Darum ist aus meiner Sicht eine Energiekonferenz Graubünden nicht notwendig. Der Auftrag ist überholt und deshalb abzulehnen.

Pfenninger: Von verschiedener Seite, auch von Seiten der Regierungsbank, wurde bisher dargelegt, dass es eine Auslegeordnung braucht, dass man dann daraus eine Energiestrategie ableitet. Ich bin mit grossem Interesse den Ausführungen des Herrn Regierungsrates gefolgt und hatte auch Freude daran, wie mein Fraktionskollege Thöny. Ich habe aber auch festgestellt, dass es relativ klare, unter anderem relativ klare Zielvorstellungen gibt bei der Regierung, die schon fast strategischen Charakter haben, würde ich mal sagen. und insofern war ich auch etwas erstaunt, weil man ja diese Auslegeordnung will und ich war auch etwas erstaunt, weil sie teilweise im Widerspruch, meiner Meinung nach, im Widerspruch zu einzelnen Antworten auf Vorstösse stehen. Und ich kann nicht umhin festzustellen, dass die Regierung sich auch bezogen auf diesen Auftrag sich grosse Mühe gegeben hat, diesen Auftrag falsch zu interpretieren. Zudem ha-

ben die bisherigen Stellungnahmen der Fraktionssprecher eigentlich die Problematik aufgezeigt. Ich möchte nur ganz kurz einzelne Stichworte geben.

Die FDP ist die einzige Partei, die schon vor Fukushima und so weiter, sie ist klar für Wasserkraft. Die SVP möchte sowieso keine Energiewende, sie lobt Repower über alles, insofern ist sie auch für Kohlekraftwerke, sie macht dann einen riesen Zahlensalat, der nicht von grosser inhaltlicher Basis zeugt. Dann bei den Grünliberalen: Sie fürchten sich, von mir aus persönlich gesehen, ziemlich vor der Atomlobby, sie möchten einen generellen Umbau des Energiesystems, sie möchten Ziele, Leitplanken und Anreize, die CVP möchte vorerst mal nachdenken und diskutieren. Sie ist zwar für die Energiewende, möchte aber sie vermutlich erst übermorgen als morgen, trotzdem möchte sie das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen und die SP spricht von Vernichtungsstrategie, veraltete Technologien, die eingesetzt werden und natürlich sind wir für erneuerbare Energien Sonne, Wind und das schon seit vielen Jahren. Wir möchten jetzt handeln, Farbe bekennen usw. und die BDP, die orientiert sich am 11. September und der Bundespolitik, möchte weitere Debatten führen, spricht von Tabuthemen, die man eben wieder aufgreifen müsste, vergisst dabei aber die Volksentscheide im Bereich Gewässerschutz. Hier nur ein kurzer Abriss stichwortartig über die Positionen der Parteien und das zeigt ja, dass wir eben genau wieder in diese Falle der parteipolitischen Gräben verfallen und das ist ja mit ein Grund, warum eigentlich so eine Energiekonferenz eben eine Brückenfunktion bilden könnte. Wenn Sie im Bereich der Energiepolitik nämlich vorwärts kommen wollen, dann müssen Sie irgendwo einen gemeinsamen Nenner finden, einen Konsens mindestens in Teilbereichen finden. Sie müssen Mehrheiten schaffen, die sich nicht nur hier im Parlament finden, sondern in der ganzen Gesellschaft eine Basis bilden. Wir stellen einfach fest, dass es viele Missverständnisse und unnötige Grabenkriege zwischen den verschiedenen Interessengruppen auf Seiten Wirtschaft oder Umweltverbände gibt. Es gäbe nämlich durchaus Fragen, bei denen man sich einigen könnte. Dies setzt allerdings gegenseitige Achtung und Respekt voraus und natürlich das Gespräch.

Da in diesem Rat viele wesentliche Interessen beziehungsweise Gruppierungen unserer Gesellschaft gar nicht vertreten oder weit untervertreten sind, würde es sehr wohl Sinn machen, so eine Konferenz oder sagen wir mal runden Tisch einzuberufen, vorausgesetzt, man will, dass sich etwas bewegt in der Energiepolitik. Aber das wollen einige von uns möglicherweise gar nicht. Mir scheint fast, dass Sie die Verwaltung des Konfliktes, das Schwarzpeter-Spiel attraktiver finden, als einen echten Beitrag zur Energiezukunft Graubündens zu leisten. Erschüttert hat mich die Aussage der Regierung in ihrer Antwort, Zitat: „Die Rollen der Politik, der Wirtschaft und weiterer Interessengruppierungen sind auch beim wichtigen Thema Energie klar auseinander zu halten.“ Zitatende. Ja, seit wann, meine Damen und Herren, werden denn diese Rollen in unserem Kanton auseinandergehalten? Nur ein Stichwort: Tourismusfinanzierung. Seit wann, meine Damen und Herren, sind diese Interessengruppen nicht aktiv in der Politik, z.B. hier im Gros-

sen Rat? Die Regierung hat hier das allerschlechteste Argument hervorgeholt, aber vermutlich hatte sie kein besseres. Einen grossen Irrtum begeht die Regierung zudem, wenn sie in den Auftrag hinein interpretiert, dass diese Energiekonferenz institutionalisiert werden soll. Das war nicht die Meinung. Schlussendlich ist doch die Frage: Wollen wir, wie das national geschieht, auf Verzögerungstaktik und das Vergessen setzen oder wollen wir die durchaus vorhandenen Lösungsansätze ernsthaft weiterverfolgen und die Energiefrage offensiv anpacken? Und hier noch ein Einschub: Bezüglich neuer erneuerbarer Energien herrscht häufig eine unsägliche Diskussion. Es sei halt noch nicht reif und bedürfe noch Abklärungen und ja vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren. Wer sich ernsthaft mit der Materie auseinandersetzt, weiss, die Konzepte sind vorhanden, die technischen Möglichkeiten auch und finanziell oder und auch vor allem regionalwirtschaftlich sind diese attraktiv.

Hier nur ein Wort zur Windkraft. Man könnte auch das Beispiel Solarenergie nehmen, es wird eben von den Gegnern mit einer Verniedlichungsstrategie gefahren. Wir haben Ausführungen vom geschätzten Grossratskollege Davaz gehört bezüglich Windkraft, bezüglich Subventionierungen etc. Ich habe in der Pause mit alt-Grossrat Bistgaun Capaul gesprochen, der sehr aktiv in einem Projekt involviert ist bezüglich Windkraft und ich kann Ihnen sagen, die ihn noch kennen, er würde sehr gerne hier im Rat eben die echten Fakten auf den Tisch legen. Wir können auch wieder zurück in die 80er-Jahre, meine Damen und Herren, des letzten Jahrhunderts und einen neuen kalten Krieg in der kantonalen Energiepolitik anzetteln. Bei einem Teil der Voten oder einem Teil der eingereichten Vorstösse könnte man fast den Eindruck gewinnen, dass dies die Absicht ist. Die letzten Jahre haben doch gezeigt, dass man sowohl seitens der Wirtschaft wie seitens der Umweltverbände durchaus zu Kompromissen fähig ist. Man muss aber sprechen miteinander, manchmal auch hart diskutieren. Aber Lösungen sind möglich. Das Ausloten dieser Möglichkeiten und der gemeinsamen Interessen und dies eben nicht nur bezüglich Einzelobjekten sowie die Erarbeitung einer entsprechenden Strategie wäre doch eine Chance, die man, ist es einem ernst mit der Energiewende, unbedingt packen sollte. Die Resultate daraus könnten, soweit dies gesetzliche Anpassungen erfordern würde beziehungsweise dann überhaupt notwendig wären, in die politische Diskussion als Empfehlungen einfließen.

Natürlich gibt es in Einzelbereichen, auch gesetzgeberische, Diskussions- und Handlungsbedarf. Dies betrifft z.B. die Heimfallfrage, die Eignerstrategie des Kantons bei den Elektrizitätsunternehmungen, Fragen der Netze und so weiter, ist angesprochen worden in der Phase der Diskussion. Viele andere Bereiche sind aber bereits gesetzlich geregelt beziehungsweise vom Bund her vorgegeben oder es bestehen Förderprogramme. Wir sollten nicht, wie es den Eindruck macht, mit angezogener Handbremse in die Energiezukunft tuckern. Suchen wir den Kompromiss, in Teilen wäre sogar ein Konsens denkbar, aber verschlafen wir nicht die Energiewende in Graubünden. Das Potenzial ist gross und auch wirtschaftlich hoch interessant. Eine Energiekonferenz, wie sie mit diesem Auftrag angeregt wird, könnte mit Si-

cherheit einen wichtigen Beitrag für eine positive Entwicklung im Energiesektor als Schlüsselfaktor für eine prosperierende Bündner Zukunft leisten. Liebe Regierung, aufgrund Ihrer Antwort auf diesen und viele andere Vorstösse, die wir nun dann noch behandeln, kann ich nur sagen, denken Sie daran, Vogel-Strauss-Politik führt zu nichts und das Festhalten an den alten Denkmustern genau so wenig. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Cavegn: Es ist Wind im Spiel in der Bündner Energiepolitik, ich bin versucht zu sagen, ausser bei der SVP, wo sprichwörtlich Windstille herrscht. Die zahlreichen Vorstösse in unserem Parlament mit ganz unterschiedlicher Ausrichtung zeigen, dass der Wind gedreht hat: Energiekonferenz, Energiefonds, Energierabatten, Moratorien, Massnahmen aller Art. Ich denke, es ist gut, dass etwas läuft, aber es ist nach meiner Überzeugung ebenso wichtig, dass wir zuerst einmal eine rasche und umfassende Auslegeordnung der Bündner Strom- und Energiepolitik machen, so wie es im Auftrag Heiz, den wir nachher besprechen vorgesehen ist und so wie auch Grossrat Augustin sie in seinem Auftrag fordert. Denn es ist doch so, dass die Ausgangslage beziehungsweise die Auslegeordnung ein Fundament sein muss für Entscheidungen, die wir nachher treffen. Treffen wir dieses Fundament und diese Auslegeordnung nicht, dann laufen wir Gefahr, wie Kinder an einem Musikbezirksfest jeder Musikkappelle hinterherzulaufen, die gerade vorbeimarschieren und ich behaupte, das ist nicht zielführend, es wirkt, so behaupte ich verzögernd und diese Musikkappelle Energiekonferenz, das hat die Regierung in ihrem Bericht klar gezeigt, die ist im Übrigen eine schlechte und aus diesem Grund lehne ich den Auftrag ab.

Dudli: Herr Kollege Thöny hat gesagt, die Antwort der Regierung käme hölzern daher. Ich weiss, wie man eine Ablehnung besser formulieren könnte. Herr Thöny, die Antwort kann nur so gut ausfallen, wie vernünftig die Frage gestellt wird. Oder, wenn Sie ein neues Gremium schaffen wollen, dann komplizieren wir die Abläufe einmal mehr. Alle reden mit, überall wird es länger. Es gibt am Schluss nie Entscheide, das können wir uns nicht erlauben, diese Bürokratie. Und hier ist ein Parlament, das ist vom Volk gewählt, das ist in seiner Zusammensetzung so, wie es im Volk gegeben ist, also lieber Kollege, dann sind wir hier in einer Veranstaltung, wo alle Bevölkerungsteile des Kantons vertreten sind und wir können hier die Auslegeordnung machen und auch Entscheide fällen. Und noch etwas: Wenn wir grundsätzlich nur immer debattieren wollen zum debattieren, damit wir hier wieder ein Podium haben für Wahlen etc., dann werden wir in dieser Session nicht weiter kommen, wenn wir jedes Thema so abhandeln. Dann sind wir wieder hier ineffizient. Ich bitte gewisse Kollegen, hier ein bisschen auch auf das zu schauen, das wir effizienter diskutieren können und auch Resultate nachher erbringen.

Davaz: Kollege Pfenninger hat zwei Stichworte in den Raum geworfen. Einerseits hat er gesagt die SVP produziere Zahlensalat und andererseits die SVP wolle keine

Energiewende. Meine Damen und Herren, wir wollen eine Energiewende, aber es gibt Zahlen, die hieb- und stichfest sind, das sind die des Bundesamtes für Energie. Eine Energiewende kostet jährlich, gemäss Zahlen BFE vier Milliarden Franken. Die Wirtschaft rechnet mit 7,5 Milliarden Franken. Wir können hier diskutieren solange wir wollen, wir müssen uns finden, wer das bezahlt. Wollen Sie die Wirtschaft mit weiteren 7,5 Milliarden Franken belasten in der Sache, die bis jetzt steht, zusätzlich zu der ganzen Euro-Diskussion? Sie können auch die Wirtschaft auslagern, dann brauchen wir auch weniger Energie. Das kann es ja nicht sein. Kommen wir doch konkret auf den Punkt, wer das bezahlen soll. Und noch ein kleines Beispiel, Sie können auch nicht sagen, dass ich untätig war, ich habe diese Frühjahr in der Toscana auf unserem Weingut eine Fotovoltaik installiert, das funktioniert wunderbar, 35 Kilowatt. Ich habe nur fast ein schlechtes Gewissen, jedes Jahr 12'000 Euro vom Staat zu bekommen. Das ist unglaublich, was die Sachen kosten. Italien hat das Geld, die können uns das bezahlen, ich schicke dem Silvio Berlusconi dann eine Flasche Wein auf Weihnachten. Aber stellen Sie sich die Kosten vor, zusätzlich 7,5 Milliarden Franken für die Wirtschaft. Solange diese Frage nicht geklärt ist, können wir hier schon diskutieren.

Peyer: Grossrat Dudli hat gesagt, alle reden mit. Das ist, glaube ich, das Wesen der Demokratie. Und nachher hat er genau gesagt, das möchte er nicht. Er möchte nämlich weiter, dass es in diesem Kanton läuft wie es bis jetzt läuft. Es sind einige Wirtschaftsverbände, die überall mitreden, die auch noch kantonal mit Finanzmitteln alimentiert werden und alle anderen sollen aussen vor gelassen werden. Und dann wundert man sich nachher, wenn ein Projekt nicht innert nützlicher Frist zustande kommt. Das ist, was wir heute haben. Und wenn Sie das weiter haben wollen, und das ist natürlich unser freier Entscheid, dann müssen Sie nur diesen Auftrag ablehnen. Und dann mache ich Ihnen ein Beispiel, das Regierungsrat Cavigelli gebracht hat. Er hat erwähnt, Wasserkraftwerke, ein mögliches Projekt wäre z.B. zwischen Ilanz und Reichenau ein Flusskraftwerk. Ja, und er hat nicht gesagt, das machen wir oder so, er hat gesagt, da wäre allenfalls Potenzial, also ich will ihm da nichts unterstellen. Aber dieses Beispiel zeigt doch schon, in welchem sensiblen Bereich wir uns hier in dieser Frage beim Ausbau der Wasserkraft in diesem Kanton bewegen. Ilanz – Reichenau wird jetzt massiv gepusht aus touristischer Sicht als Naherholungsgebiet, als unberührte Natur- und Flusslandschaft, eine neue Brücke in Trin über den Rhein, die jeden Sonntag hunderte von Leuten anzieht und hier wollen Sie jetzt ein Flusskraftwerk, vielleicht, nur angedacht, hineinpflanzen. Und da glauben Sie allen Ernstes, dass das geht, ohne dass Sie zum Vornherein mit Umweltverbänden, mit den Gemeinden, mit den Touristikern, mit der Wirtschaft, mit einem potenziellen Betreiber, mit dem Kanton, mit den Fischern, mit den Jägern usw. sprechen? Wenn Sie das, Grossrat Dudli, wollen, und dann noch das Wort Effizienz gleichzeitig in den Mund nehmen, dann sage ich, lehnen Sie diesen Auftrag ab und dann werden wir in zehn, zwölf, 15, 20 Jahren immer noch hier sitzen, es

wird kein weiteres Kraftwerk in Graubünden gegeben haben, weil alles blockiert ist und nur, weil man nicht die Grösse gehabt hat, am Anfang, jetzt, hinzugehen und zu sagen, sprechen wir doch alle miteinander mit den Betroffenen, weil es demokratischer ist, weil es niemanden ausschliesst zum Vornherein und weil man so nicht nur schon unnötig Widerstände produziert. In diesem Sinne bitte ich Sie, überweisen Sie diesen Auftrag, damit gewinnen Sie vor allem eines: Nämlich Effizienz.

Regierungsrat Cavigelli: Das inhaltliche Anliegen ist ja sehr rühmend, dieses SP-Fraktionsauftrages. Man möchte einen Think tank, man möchte die Thematik Energie, Strom weiter diskutieren, vertiefen und letztlich auch Lösungsansätze aufzeigen. Allerdings ist das Anliegen des Vorstosses kein inhaltliches sowie ich es jetzt gerade umschrieben habe, sondern es ist ein formales. Man möchte ein Gremium haben, man möchte ein zusätzliches Verfahren haben und man möchte insbesondere auch eine Diskussion führen an einem Ort, der, so unsere Staatsordnung, dafür nicht vorgesehen ist. Vorgehen für solche Diskussionen ist das Parlament, zusammen mit der Regierung und der Verwaltung, dem ganzen Apparat, der zu einem Parlament gehört, der die Grundlagen erarbeitet und letztlich die repräsentativen Vertreter, die legitimierte Vertreter dann mit einer Aufgabe versieht und dann letztlich aber auch erwartet, dass man im Bereich der Zuständigkeit dann auch die Verantwortung wahrnimmt und Entscheidungen trifft. Ich persönlich möchte Ihnen beliebt machen, die Verkomplizierung eines weiteren formellen Teiles, eines Verfahrens, eines Gremiums beiseite zu lassen. Vieles ist gesagt worden und ich möchte mich auch nicht wiederholen. Letztlich kann man jetzt, glaube ich, abstimmen.

Pfenninger: Ich halte mich kurz, aber ich habe schon eine Frage an Herrn Regierungsrat: Ist denn jetzt die Meinung der Regierung, dass man in Zukunft auch in allen anderen Politikbereichen von runden Tischen absehen will, weil es die Verfahren kompliziert?

Regierungsrat Cavigelli: Grossrat Pfenninger, das ist eindeutig nicht der Fall, und wir arbeiten ja auch nach dem heutigen System mit verschiedenen Beratungskommissionen. Es gibt da Kommissionen im Bereiche der Verwaltung, die im Auftrag der Regierung tätig sind, beispielsweise mit unserem Departement zu tun haben. Herr Peyer, die Fischer. Es gibt eine Fischereikommission, es gibt eine Jagdkommission. Die haben Beratungsaufgaben. Dort haben wir einfach das Bedürfnis, dass wir standardisiert immer wieder gewisse Themen besprechen möchten mit direkt betroffenen Leuten. Dort ist dann allerdings klar geregelt, dass sie Beratungsaufgaben haben und nicht mehr. Sie geben uns Feedbacks, es sind Groupes de Réflexion und sie liefern ihre Informationen, ihre Anstösse zu Händen der Regierung. Das hier angeordnete Gremium, Energiekonferenz, interpretiere ich allerdings auf einem ganz anderen Niveau. Nicht nämlich auf einem, ich sage mal, operativ vorbereitenden Niveau bis und mit Regierungsebene, sondern das macht hier fast den Eindruck, als dass man diesem Gremium hier eine, ich sage mal, höhere Legitimität zuspricht,

weil man es ja sehr, sehr breit abstützen möchte, sehr, sehr strategische, politisch hochstufige Themen auch behandeln lassen möchte. Wissen Sie, der Umgang für uns, aus der Sicht der Regierung, ist natürlich dann auch schwierig. Welche Bedeutung hat dann eine solche Empfehlung einer Konferenz, wenn die z.B. nicht übereinstimmt mit der Meinung im Parlament? Im Grundsatz müsste man sagen: Keine Bedeutung. Ausser, ja, Grundlage wie viele andere eben auch. Und solches müssen wir nicht institutionalisieren, das können wir dann machen, wenn wir es konkret brauchen, müssen es auch nicht so kompliziert machen, so umfangreich. Das kann man auch punktbezogen machen.

Eine kleine Bemerkung möchte ich noch machen, zu einer Nebenfrage, die Sie gestellt haben. Die Ausführungen beim letzten Traktandum seien in Teilen sehr konkret und spezifisch gewesen. Es sind Ausführungen gewesen, die dann letztlich in einen Bericht einfließen und ich hoffe ebenfalls, dass wir den Auftrag bekommen, diesen Bericht zu schreiben, um ihn dann auch hier beraten zu können. Und dann besteht die Möglichkeit, diese Daten als ein Szenario, das von uns jetzt einfach bevorzugt wird, dann im Rat zu diskutieren. Es wird im Bericht natürlich weitere Szenarien geben, die aufzeigen, dass es auch noch andere Wege gibt.

Thöny: Ich möchte auf zwei, drei Voten der Vorredner noch eingehen. Und zwar einerseits zudem was Kollege Dudli gesagt hat. Es geht ja hier gerade um die Vereinfachung der ganzen Angelegenheit. Denn in einer frühen Phase der Entscheidungsfindungen, frühen Phase einer Strategieerarbeitung müssen sie doch eine Auslegeordnung machen und möglichst alle Betroffenen auch einladen, ihre Stellung abzugeben. Von daher ist es doch richtig, wenn man jetzt einen runden Tisch, eine Konferenz macht und nicht dann auf Widerstand stösst und im Nachhinein dann jene Einsprachen z.B. hat oder dann noch unangenehme Diskussion führen muss, die man eigentlich in einer frühen Phase geführt hätte. Im zeitlichen Fenster passt es tiptop zum Auftrag Heiz. Wir sind ja nicht der Meinung, es soll ein Parallelorgan sein, das dann einen neuen Strategiebericht erstellt, sondern die Empfehlungen könnten doch durchaus auch in diesen Bericht einfließen. Also, das wäre ja eine Unterstützung der ganzen Angelegenheit.

Dass der Rat hier alle Bevölkerungsteile im Grossen Rat vertritt, das ist schlicht falsch. Sie wissen, Kollege Dudli, dass wir ein Majorzwahlssystem haben und dieses Majorzwahlssystem verhindert in breiten Kreisen auch die Möglichkeit hier in diesen Rat gewählt zu werden. Zu Kollege Davaz. Die Kosten der Energiewende von irgendwo vier bis sieben Milliarden, dem steht natürlich auch etwas gegenüber. Das sind nicht Nettokosten. Da steht auch gegenüber, dass man einen Gewinn hat, indem bei Energieeffizienzmassnahmen weniger Energie verbraucht. Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die dürfen durchaus auch etwas kosten in der Installation und schliesslich haben sie auch keine Folgekosten mehr mit den Vernichtungstechnologien. Zu den Aussagen von Herrn Regierungsrat möchte ich nur eines erwidern: Die Empfehlungen eines solchen Gremiums, die wären dann natürlich breit abgestützt. Es wäre ja nicht von

irgendeiner Seite gekommen, weil das Gremium nur einseitig bestückt wäre. Es wäre eine 360-Grad-Sicht. Von daher müssen sie nicht Angst haben, dass irgend so eine Empfehlung dann quer in der Landschaft liegt. Und wenn sie das wäre, müsste man sich überlegen, ob allenfalls dann daraus nicht auch eine Massnahme entsteht, die schlussendlich dem Kanton Graubünden in der Energiefrage auch etwas nützt. Also, dieses Gremium ist kein Entscheidungsgremium, es ist auch kein ständiges Gremium. Es kann eine Art Kommission sein, es liefert Empfehlungen, es werden alle Kräfte mit einbezogen und wenn sie das nicht eingehen, dann riecht das für mich so ein bisschen nach Ausschluss. Und das wäre schade, denn die Energie, die geht uns alle an. Also ich bitte Sie wirklich, das zu unterstützen und zwar genauso, wie wir es jetzt in der Diskussion nochmals ausgeführt haben. Bringen Sie den Tatbeweis, dass es Ihnen ernst ist und dass alle, die mit Energie in einer irgendeiner Art und Weise in Kontakt kommen, dass die auch entsprechend mitsprechen können.

Gasser: Zuerst möchte ich noch eine Richtigstellung machen. Es ist hauptsächlich Wind im Raum. Herr Regierungsrat Cavigelli sagte eben, wir sind in Haldenstein unterstützt worden. Ich möchte da nur Missverständnissen vorgreifen. Da werde ich nämlich immer angeschossen. Es ist nicht Haldenstein, das ist ein Projekt und wir haben ein zweites Projekt, für diejenigen, die es noch nicht wissen. Wir haben eine Pilot- und Demoanlage auf Churer Boden und dort haben wir jetzt als Pilot-, Demo- und Versuchsanlage ein Zuspruch erhalten, für den ich mich herzlich bedanke und ich hoffe auch, das kommt gut heraus und dann sehen wir welches Innovationspotenzial selbst bei der Windkraft ist. Ich möchte aber das Thema wirklich nicht überstrapazieren, ich rede jetzt nicht über Windkraft. So bedeutend ist diese nun auch wieder nicht.

Aber was ich wirklich schade finde, dass hier so formalistisch argumentiert wird. Vielleicht war dieser Begriff Konferenz nicht ganz glücklich. Ich meine einfach hier sind wirklich Missverständnisse aufgekommen. Ich finde, es wäre absolut eine Riesenchance in dieser Phase miteinander zu sprechen. Dass wir auch weiteres Expertenwissen einbringen und zwar, wie das schon gesagt wurde von Vorrednern, wir sind hier absolut nicht in Verzug. Ich habe das in meinen Ausführungen gesagt, dass ich es absolut zentral finde, dass wir uns über die Leitplanken einig sind, wohin geht die Reise. Und sonst bin ich einfach überzeugt, dass wir nicht zu wirklichen Beschlüssen, Entscheiden kommen, die uns echt weiterbringen. Das würde ich unheimlich schade finden. An sich, so habe ich bis jetzt die Politik verstanden, hätten wir ja den Bericht und in der Kommission für Staatspolitik und Strategie, ich betone, Strategie. Aber was da drin ist, bezüglich Energie, tut mir leid, dass wäre für mich nichts anderes als zurück an den Absender. Also da kann wirklich nichts Sinnvolles und Wertvolles als Leitplanke entnommen werden, und das 2013-2016. Und da müsste doch etwas Substantielles sein, und da müssen auch die Meinungen einfließen können, der verschiedenen Gruppierungen der Interessengruppen und vor allem wirklich Expertenwissen. Ich finde es unsäglich, wie immer wie-

der argumentiert wird: Ah, die Erneuerbaren seien ausgeschöpft, geht nicht. Orientieren Sie sich mal, wieviel Innovationspotenzial da drin liegt. Was da im Ausland rund herum geforscht wird und welche tollen Ergebnisse ständig, fast wöchentlich angekündigt werden.

Und das Zweite ist: Es stimmt einfach nicht, dass nur die Erneuerbaren kosten, der Weg Business as usual kostet uns. Und da gibt es auch Leute, da gibt es Leute an der ETH, da gibt es Leute die Studien verfasst haben und aufzeigt haben, dass eben die Strategie Energieeffizienz und Erneuerbare langfristig unser Wachstum unterstützt, dass es volkswirtschaftlich sinnvoller ist, diesen Weg zu gehen. Nebst all den anderen Effekten die wir haben. Wir haben einen verfassungsmässigen Auftrag, der nachhaltigen Entwicklung nachzuleben. Und das tun wir mit einer solchen Strategie. Aber sicher nicht mit einer Atom- und Kohlestrategie. Obschon ich mir nicht Illusionen mache, jetzt diese Stimmung noch gewendet zu haben, finde ich es unheimlich schade, dass man die Chance nicht packt, wirklich miteinander zu reden, alle Fraktionen beziehungsweise alle Leute mit den Experten. Das passt auch zeitlich. Wir werden ja den Bericht Heiz wahrscheinlich im Februar, oder wenn es schlecht geht, im April bekommen. Da hätten wir Zeit das auch einfließen zu lassen.

Righetti: Dappertutto oggi nel mondo economico, nel mondo, si cerca di ridurre e di accelerare le strutture, i tempi di lavoro. Noi qui vogliamo ancora creare un livello intermedio che farà sì che questi tempi di attesa per realizzare qualche cosa siano ancora allungati. Io credo che qui siamo proprio al posto sbagliato. Oggi abbiamo bisogno di gente che decide e non gremi che fanno solo blabla, blabla, blabla e ancora una volta blabla. E questa è la dimostrazione che abbiamo vissuto: siamo qui che parliamo da circa un'ora. Questa richiesta va respinta, basta. Abbiamo fiducia nel nostro Governo e il Governo prenderà le decisioni. Se non è in grado di prendere le decisioni creerà un gruppo di lavoro che lavorerà a disposizione del Governo, ma non è giusto che sia il Gran Consiglio a creare il gruppo di lavoro per il Governo. O che abbiamo fiducia nel nostro Governo o non l'abbiamo. Altrimenti ritorniamo all'esercito dell'Unione Sovietica quando i comandanti avevano un „Politoffizier“ dietro la schiena che controllava quello che faceva il comandante.

Peyer: Ich glaube, man gibt sich jetzt Mühe, möglichst nicht zu lesen, was im Auftrag eigentlich steht und was er will. Und wenn Sie die Sowjetunion bringen, geschätzter Kollege, es war ja gerade der Mangel dort, dass die Leute eben nicht mitreden und nicht mitbestimmen konnten. Mindestens in der SP-Fraktion hat man das erkannt. Und es ist, glaube ich, der Mangel hier, dass man behauptet, es würden schneller und besser Projekte verwirklicht werden können, wenn möglichst einseitig zusammengesetzt entschieden wird. Und dann blicken Sie doch 30 Jahre zurück in der Geschichte unseres Kantons. Und wir werden ja morgen diesen Auftrag behandeln, der einen Rückblick machen will, was für Projekte nicht realisiert werden können. Und jetzt können Sie in diesem Stil weiterschreiten und sich dann

wundern, wieder in dreissig Jahren, wenn wieder Projekte nicht realisiert werden konnten. Sie haben es heute in der Hand, hier in eine andere Richtung zu gehen oder im selben Stil weiterzufahren und sich dann eben wieder zu wundern, wenn es nicht geklappt hat.

Heiz: Doch noch ein Wort zu den beiden Voten von Grossrat Peyer. Sie sind total neben dem Thema. Diese Energiekonferenz, das haben Sie ja selber und Grossrat Pfenninger auch gesagt, hat einen ganz anderen Auftrag und mit Beurteilung von Projekten hat das wirklich nichts zu tun. Wenn wir neue Projekte anschauen, ich nehme natürlich jetzt das Beispiel des Projekts Lago Bianco, waren die Fischer, die Umweltverbände und alle anderen sehr wohl und erfolgreich involviert. Aber das hat mit einer Energiekonferenz nun wirklich nichts zu tun.

Regierungsrat Cavigelli: Ich bedanke mich für die Worte von Herrn Heiz. Das ist genau das, was ich auch sagen wollte. Man hat den Eindruck jetzt bekommen im Verlaufe der Diskussion, dass vermischt wird Projektbegleitung und Grundsatzdiskussion auf strategischer hoher Ebene. Und runde Tische gibt es en masse, einen hat Herr Heiz erwähnt. Es gibt auch beispielsweise für Projekte, die noch auf einem anderen Niveau stehen, runde Tische wie zum Beispiel für den Windpark Lugnez.

Standespräsident Bleiker: Kann ich jetzt davon ausgehen, dass die Diskussion erschöpft ist? Dann schreiten wir zur Abstimmung.

Wer den Fraktionsauftrag der SP überweisen möchte, möge sich bitte erheben. Sie haben die Überweisung dieses Vorstosses mit 90 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 90 zu 15 Stimmen ab.

Standespräsident Bleiker: Bevor ich Sie in den Feierabend entlasse, habe ich noch Mitteilungen. Im Anschluss an die Session findet im Dachgeschoss die Chorprobe des Chors Grosser Rat statt. Für Neulinge hier im Saal: Der Grossrat bildet einen Chor, einen professionellen Chor, der von alt Grossrat Martin Butzerin geleitet wird und ich möchte Sie alle einladen, daran teilzunehmen. Dann haben Sie die Einladung für die Standespräsidentenfeier am Samstag erhalten. Wenn Sie diese jetzt gleich ausfüllen und dort draussen an der Réception abgeben, dann schwächen Sie zwar die Post aber Sie sparen das Porto. Und dann haben Sie ebenfalls per E-Mail die Einladung erhalten für die Gotthard –Konferenz vom 23. September 2011. Ich möchte daran erinnern, dass die Anmeldefrist noch bis 5. September läuft.

Es ist eingegangen ein Auftrag von Theo Joos betreffend Aktionsplan Energie Graubünden, fünf Massnahmen, fünf Millionen, fünf Jahre.

Damit schliessen wir für heute und fahren morgen um 8:15 Uhr weiter.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Auftrag Joos betreffend Aktionsplan „Energie Graubünden“ 5 Massnahmen, 5 Millionen, 5 Jahre

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Domenic Gross